RHEINISCHE VIERTELJAHRSBLÄTTER

JAHRGANG 83

2019

HERAUSGEBER:

A. PLASSMANN · M. ROHRSCHEIDER · C. WICH-REIF

SCHRIFTFÜHRUNG: A. PLASSMANN

VERÖFFENTLICHUNG

DER ABTEILUNG FÜR GESCHICHTE DER FRÜHEN
NEUZEIT UND RHEINISCHE LANDESGESCHICHTE
DES INSTITUTS FÜR GESCHICHTSWISSENSCHAFT

DER UNIVERSITÄT BONN

DR. RUDOLF HABELT GMBH · BONN

DAS ‚ORGANISCHE‘ IN DER LANDESGESCHICHTE.

Überlegungen zu einem Leitbegriff Historischer Reflexion
im 19. und 20. Jahrhundert*

Von Stephan Laux

Einleitung

Die Frage nach der Bedeutung des ‚Organischen‘ in der Landesgeschichte drängt sich nicht unwillkürlich auf: Der Begriff hat in der Historiographie nie Schärfe entwickelt und ist desto weniger als anerkannte heuristische Kategorie in die Geschichtswissenschaft eingegangen. Bei den Ableitungen des Begriffsstamms ‚Organ‘ handelt es sich im Verständnis der ‚Geschichtlichen Grundbegriffe‘¹, die immerhin ‚Organ, Organismus, Organisation, politischer Körper‘ als ein entsprechend verklammertes Lemma führen, die längste Zeit demnach auch gar nicht um ‚Grundbegriffe‘ der ‚politisch-sozialen Sprache‘. Eine Befassung mit dieser sonderbaren Vokabel erschien daher überflüssig, hätte sie nicht im Übergang zum und seit dem 19. Jahrhundert in philosophischen sowie zunehmend auch in politischen Diskursen eine erstaunliche Präsenz entwickelt. Die ‚Faszination des Organischen‘² – so der Titel einer 1993 am Fachbereich Germanistik der FU Berlin durchgeführten Ringvorlesung – ist wiederkehrend in den Gesichtskreis der Literaturwissenschaften, der Rechts- und Staatswissenschaften und, am stärksten konturiert, der Soziologie und Philosophie bzw. im weitesten Sinne der Ideengeschichte getreten³. Allein in der Wahrnehmung der Historiographiegeschichte ist die Befassung mit dem ‚Organischen‘ deutlich zurückgeblieben. Dieser Beitrag nimmt sich vor, einen problemorientierten und insofern auch systematischen Blick auf das ‚Organische‘ aus fachhistorischer Sicht zu richten. Dies soll in einem bewusst großen zeitlichen Bogen geschehen, gleichzeitig unter weitgehender Beschränkung auf die attributive Verwendung des Begriffs. Das Desiderat einer umfassenden, dabei unbedingt auch interdisziplinären Behandlung des Themas bleibt damit gewiss bestehen. Im Zuge dessen wäre zum einen die Lexikographie des ‚Organischen‘ an der Schnittstelle der Begriffs- und Sozial- und Gesellschafts- und Verfassungsgeschichte deutlich zu erweitern, wobei auch bedeutungsähnlichen bzw. -verwandten Begriffen Rechnung zu tragen wäre.

*Der Aufsatz beruht auf meiner für die Zwecke der Publikation deutlich erweiterten Antrittsvorlesung am Fachbereich III der Universität Trier (Professur für Geschichtliche Landeskunde) am 30.10.2013.

¹ Ernst-Wolfgang Böckenförde, Organ, Organismus, Organisation, politischer Körper, in: Otto Brunner, Werner Conze, Reinhart Koselleck (Hg.), *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Bd. 4, Stuttgart 1978, S. 519–622.

² So lautet der Titel des Sammelbandes von Hartmut Eggert, Erhard Schütz, Peter Spengel (Hg.), *Faszination des Organischen. Konjunkturen einer Kategorie der Moderne*, München 1995.

³ Vgl. maßgeblich in jüngerer Zeit Tobias Cheung, *Organismen. Agenten zwischen Innen- und Außenwelten 1780–1860*, Bielefeld 2014.

Zum anderen wäre die Betrachtung selbstverständlich über den Horizont der deutschen Historiographie hinaus zu öffnen.

Geleitet wird das hier gewählte Vorgehen durch die These, dass der Begriff ‚organisch‘ im Sprachgebrauch seit dem 19. Jahrhundert zu einem ausgesprochenen Bedeutungsträger avancierte. In Folge seiner beträchtlichen Verbreitung geriet er damit auch zu einer gewissen Beliebigkeit. Wenngleich daher die Signifikanz des Wortes als vielfach intensivierende, oft nur tautologische Beigabe (ähnlich heute ‚integrativer Bestandteil‘) verdunkelt wird, so kennzeichnet und reflektiert das ‚Organische‘ doch eine tief liegende Denkstruktur. Diese prägte sich markant in Diskursen über historische Räume und damit unweigerlich auch in der Landesgeschichte aus, und dies in einer doppelten Logik: als Zuschreibung hinsichtlich der Beschaffenheit historischer Konstellationen wie als wertleitende Kategorie der Urteilenden selbst. Bei der Beschreibung politischer und kultureller Räume fungierte das ‚Organische‘ als eine führende Vokabel nämlich stets dort, wo Homogenität gleichzeitig Erkenntnisprämisse wie Erkenntnisziel war. Dieser Zusammenhang bildete ein Kontinuum von den Anfängen der zunächst noch vereinsmäßig betriebenen Landesgeschichte zu Beginn des 19. Jahrhunderts bis in die frühe Bundesrepublik. Das ‚Organische‘ erhielt eine zentrale Bedeutung im Selbst- und Wissenschaftsverständnis von Landeshistorikern (die stets noch im Maskulinum anzusprechen sind). Darüber hinaus bildete der Terminus als Leitbegriff die Voraussetzung ihrer wissenschaftlichen Forschung und Lehre sowie ihres ausgeprägten außerakademischen Engagements in verschiedenen politischen und administrativen Feldern.

Ideengeschichtliche Grundlagen bis um 1800

Die Flexion des Wortstammes ‚organ-‘ (griech. ὄργανον/ organon, lat. organum) hat im neuzeitlichen Sprachgebrauch eine Reihe von Varianten hervorgerufen, unter denen die Substantive ‚Organismus‘ und ‚Organisation‘ am stärksten verbreitet sind. Das ‚Organische‘, aber stärker noch das Determinationszeichen ‚organisch‘ in adjektivischer Verwendung, bezeichnet dagegen die Wirkung von Elementen in ihrem Zusammenhang, der nicht als zufällig, sondern als gewachsene Ordnung begriffen wurde. Das ‚Organ‘ referenziert dabei nicht in erster Linie die Beschaffenheit eines Gegenstands im klassifikatorischen Sinne, sondern dessen Ort in seinem genetischen oder funktionalen Beziehungsgefüge. Für den hier behandelten Zusammenhang bemerkenswert ist die Feststellung, dass der Wortstamm ‚organ-‘ die längste Zeit der Bezeichnung materieller Strukturen diente, in erster Linie dem ursprünglichen Wortsinn nach als ‚Werkzeug‘, dann auch (so schon bei Aristoteles und in der Adaption Bacons im 16. Jahrhundert) als ‚Sammlung‘. Im Deutschen verbreitete sich der Begriff ‚Organ‘ samt seinen Ableitungen erst seit dem späten 17. Jahrhundert im Spektrum der sich herausbildenden Wissenschaften Physiologie und Biologie⁴. Im ausgehenden

⁴ Das kurz gefasste Lemma in Zedlers ‚Grosses vollstaendiges Universal-Lexikon aller Wissenschaften und Künste‘ (Bd. 25, Halle, Leipzig 1740, Sp. 1868–1869) nennt nur das Substantiv ‚Organismus‘ und hält diesen für *wenig oder gar nicht von dem Mechanismo unterschieden*.

18. Jahrhundert bezeichnete der Begriff ‚organisch‘ auch Rechtsdokumente, meistens administrative Ausführungsanordnungen („organische Artikel“ o.Ä.).

Organizistische Staats- und Gesellschaftslehren existierten in christlicher Deutung platonischer Auffassungen über das gesamte Mittelalter hinweg. Tilman Struve widmete sich der Thematik in seiner Habilitationsschrift von 1978⁵: Er sah maßgeblich in Johann von Salisbury mit dessen bis 1159 entstandenem Werk ‚Polycraticus‘ den Begründer einer diesseitigültigen („mikrokosmischen“) Ordnung, deren ständisch-organisches Prinzip der Verfasser, der zu diesem Zeitpunkt Berater von Erzbischof Thomas Becket war, aus der christlichen Schöpfungslehre herleitete. Diese in der wirkungsvollen Form eines Fürstenspiegels niedergelegte fürstliche Tugendlehre bildete eine Konstante im Selbstverständnis wie in der Herrschaftslegitimierung fürstlicher Souveräne über Jahrhunderte hinweg. Im Laufe der Frühen Neuzeit sollte allerdings das meritokratische Prinzip im Verhältnis zur religiösen Herrschaftslegitimierung erheblich hervortreten. Damit verstärkte sich die bei Salisbury angelegte Verselbstständigung der Staatsidee im Verhältnis zur Person des Herrschers. Die Hervorbringung des Begriffs ‚Commonwealth‘ im Englischen um 1500 ist beispielsweise ein Indiz hierfür⁶. Die Berufung auf Gottesgnadentum, auf dynastische Legitimität und erbcharismatische Dignität schienen im Interesse der Wahrung und Aufwertung von Herrschaft immer weniger ausreichend.

Im Zuge der Diskussionen über Wesen und Ausprägungen des ‚Absolutismus‘ ist in diesem Zusammenhang auf die Interaktion zwischen Fürst und Untertanen, mithin auf Vermittlungs- und Aushandlungsprozesse verwiesen worden. Unabhängig von der Bewertung des Paradigmas „Herrschaft als kommunikativer Prozess“⁷, die sich im Spannungsfeld zwischen Propaganda und Partizipation bewegt, ist doch festzustellen, dass das harmonische Verhältnis zwischen Herrschern und Beherrschten vor allem nach dem Dreißigjährigen Krieg zu einer ideellen Konvention aufwuchs. Diese schloss die wohlfahrtsschädigende Ausübung des staatlichen Gewaltmonopols ebenso aus wie die Infragestellung der fürstlichen Souveränität in einem kategorialen Sinne. Die im Reform- oder Aufgeklärten Absolutismus leitende Idealvorstellung kollektiver Glückseligkeit – so der überaus häufig anzutreffende Topos in der zeitgenössischen Kameralpublizistik⁸ – gründete somit im Verantwortungssinn des tugendhaften Haus- sowie in der Fürsorge des obwaltenden Landesvaters. In literarisch-essayistischer Form fand diese reziproke Wohlfahrtsverpflichtung beispielsweise in Justus Möser

⁵ Tilman Struve, Die Entwicklung der organologischen Staatsauffassung im Mittelalter (Monographien zur Geschichte des Mittelalters 16), Stuttgart 1978, hier insbes. Kap. V.

⁶ Zu den frühesten Bezeugungen zählt die Schrift von Edmund Dudley, The Tree of Commonwealth, die er 1509 in Gefangenschaft kurz vor seiner Hinrichtung unter König Heinrich VIII. verfasst hatte.

⁷ Vgl. Markus Meumann, Ralf Pröve, Die Faszination des Staates und die historische Praxis, in: Dies. (Hg.), Herrschaft in der Frühen Neuzeit. Umriss eines dynamisch-kommunikativen Prozesses (Herrschaft und soziale Systeme in der Frühen Neuzeit 2), Münster 2004, S. 11–49.

⁸ Vgl. etwa Ulrich Eisenhardt, Zum Begriff der Glückseligkeit in der kameralistischen Staatslehre des 18. Jahrhunderts (J. H. G. v. Justi), in: Zeitschrift für Historische Forschung 8 (1981), S. 37–79.

‚Patriotischen Phantasien‘ Niederschlag, einer Didaxe für Herrscher wie Untertanen unter vielfältigen organizistischen Anklängen⁹.

Eine deutlich verstärkte Konjunktur entwickelte der Begriff des ‚Organischen‘ seit dem späten 18. Jahrhundert¹⁰. Sie vollzog sich maßgeblich mit dem ‚Deutschen Idealismus‘ im Allgemeinen und seinem Geschichtsbild im Besonderen. So lag Johann Gottfried Herders (1744–1803) Geschichtsauffassung die Vorstellung der Ordnungsabhängigkeit aller *Naturgeschöpfe* und ihrer Verrichtungen zugrunde, die in einem individuellen wie kollektiven Entwicklungs- bzw. Bildungsprozess der Humanität zustrebten. Der *Organismus* war daher nicht von ungefähr eine beinahe allgegenwärtige Vokabel in seinen ‚Ideen zur Philosophie der Geschichte der Menschheit‘ (Riga, Leipzig 1784–1791). Herder grenzte sich mit diesem Sinnbild zum einen gegen die von ihm wahrgenommenen Auswüchse des aufgeklärten Vernunftrechts ab, eine Ablehnung, die zum anderen besonders die Französische Revolution umschloss, in der er wie viele Zeitgenossen in Europa die Auflösung jedweder Ordnung infolge einer Freisetzung ungehemmter partikularistischer Kräfte sah. Die Vorstellung einer evolutionären, kohärenzwahrenden Selbstkultivierung blieb seit Herder fester Bestandteil konservativen Denkens im 19. Jahrhundert¹¹. In Anknüpfung an Herder nährte um 1800 eine lange Reihe von Denkern den „organismic turn“ (Tobias Cheung): Sie suchten nach einem lebensphilosophischen Normensystem, das mit der Unverletzlichkeit und Freiheit der Person vereinbar sein sollte. Die Entlehnung der Vokabel des ‚Organischen‘ aus dem Spektrum der Lebenswissenschaften war nicht zufällig, denn Medizin und Physiologie verbanden die Organlehre zunehmend mit Umweltbedingungen und kontrastierten hierbei das ‚Innere‘ mit dem ‚Äußeren‘¹². Ana-

⁹ Vgl. in diesem Sinne Wolff A. von Schmidt, Justus Möser. Advokat eines historisch-organischen und partikularistischen Kulturbewußtseins, in: Gerhard P. Knapp (Hg.), Autoren damals und heute. Literaturgeschichtliche Beispiele veränderter Wirkungshorizonte (Amsterdamer Beiträge zur Neueren Germanistik 31–33), Amsterdam, Atlanta 1991, S. 7–28. Ausführlich zum konservativen Denken Möser vgl. Klaus Epstein, Die Ursprünge des Konservatismus in Deutschland. Der Ausgangspunkt: Die Herausforderung durch die Französische Revolution 1770–1806, Berlin 1973, Tl. I, 6.

¹⁰ Vgl. Theodor Ballauff, E[ckart] Scheerer, Organ, in: Karlfried Gründer, Joachim Ritter (Hg.), Historisches Wörterbuch der Philosophie. Bd. 6, Darmstadt 1984, Sp. 1317–1326, hier Sp. 1320, die unter Verweis auf die ältere Literatur von einer „Entfesselung“ des Begriffs sprechen: „Zum einen bezeichnet der O[rgan]-Begriff jetzt nicht mehr beliebige Körperteile unter dem Aspekt ihrer Funktion, sondern unter Einbeziehung struktureller Kriterien eine Kategorie von Körperteilen [...] Ferner emanzipiert sich das Adjektiv ‚Organisch‘ von seiner Bindung an die physis-technische Analogie. Es dient jetzt zur Kennzeichnung des Lebendigen, im Gegensatz zum Mechanischen, schlechthin: ‚O[rgan]‘ und ‚Werkzeug‘ können damit nicht mehr austauschbar verwendet werden.“ Vgl. auch die reichhaltigen Literaturangaben zum Eintrag ‚Organismus‘, in: Historisches Wörterbuch interdisziplinärer Begriffe (ZfL Interdisziplinäre Begriffsgeschichte). <http://www.begriffsgeschichte.de/doku.php/begriffe/organismus> [letzte Einsichtnahme: 26.02.2019].

¹¹ Rainer Wisbert, Johann Gottfried Herder und die Idee der Selbstbildung, in: Hölderlin-Jahrbuch 36 (2008/2009), S. 125–138; Thomas Bach, Morphologie der Menschheit oder Entwicklungsgeschichte der Kultur? Zur Kulturmorphologie bei Herder und Frobenius, in: Michael Maurer (Hg.), Herder und seine Wirkung. Beiträge zur Konferenz der Internationalen Herder-Gesellschaft Jena 2008, Heidelberg 2014, S. 241–248; Robert Hanulak, Maschine – Organismus – Gesellschaft. Physiologische Aspekte eines Lebensbegriffs um 1800 (Europäische Hochschulschriften, Reihe III 1061), Frankfurt a.M. 2009, insbes. Kap. V (‚Organisation‘).

¹² Vgl. Tobias Cheung (wie Anm. 3), hier Kap. VI, ausgehend von der Natur- und Transzenden-

log tendierte die philosophische Verwendung des Begriffs ‚Organismus‘ im 19. Jahrhundert zu einem geordneten Verhältnis des Einzelnen zum Staat als dem ‚organisierten Wesen‘. Idealtypisch bezeichnet ‚Organismus‘ damit die widerspruchsfreie Einbettung eines – nach Maßgabe der jeweiligen Eignungsvorstellungen – freiheitsbefähigten, prinzipiell autonomen Individuums in seine soziale Umgebung.

Restauration, Reform und ‚organischer‘ Ständestaat

Das Aufkommen des ‚Organischen‘ im Deutschland der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts erscheint gerade mit Blick auf das Verhältnis von Staat und Gesellschaft deshalb signifikant, weil Organismusvorstellungen stark mit ständischen Reforminitiativen korrelierten, die den Ausgleich zwischen fürstlich-monarchischem Souveränitätsanspruch und bürgerlicher Partizipationserwartung suchten. Die normative Grundlage hierfür bildete Artikel 13 der deutschen Bundesakte (*In allen Bundesstaaten wird eine Landständische Verfassung stattfinden.*), dessen ausgesuchte Wortwahl selbst den leisesten Anklang an die konkrete Beschaffenheit und Verbindlichkeit solcher Verfassungen vermied. In den Ländern des Deutschen Bundes führte der Weg zur Institutionalisierung von Partizipation über Stände – geleitet mitunter vom Kalkül derselben Fürsten, die die alten Stände in ihren Herrschaftsgebieten seit 1803 aufgehoben oder deren Kompetenzen noch zu Zeiten des Alten Reichs beschnitten hatten. Ausgleich bzw. Revolutionsprävention waren die Leitmotive der Regenten und ihrer Staatsräte. So vertrat Wilhelm von Humboldt in seiner ‚Denkschrift über Preußens ständische Verfassung‘ (1819) die Meinung, der innere Frieden würde nur mit Hilfe *organisch gebildeter Stände*, nicht aber durch eine nach materiellen Kriterien (sprich: Zensus) bemessene *Volksrepräsentation* gewährleistet¹³. Vor dem Hintergrund der Eindämmung der politischen Liberalisierung durch die Fürsten und ihre konservativen Eliten deutete die Beschreibungsvokabel ‚organisch‘ in staatsphilosophischen Schriften der frühkonstitutionellen Zeit auf Modelle, in denen altständische und neokorporatistische Elemente die von wiederholter Revolutionserfahrung genährten Freiheits- und Partizipationsansprüche terminologisch wie institutionell zu entschärfen suchten. Verschiedene Entwürfe unternahmen nun, so Ernst-Wolfgang Böckenförde, tatsächlich den Versuch, „die Organismusvorstellung in ihrem physiologisch-biologischen Gehalt für die Staatsgestaltung zu aktivieren“¹⁴. Das Attribut des ‚Organischen‘ begünstigte die Argumentation

talphilosophie Schellings. Zeitlich zurück greift die Studie desselben Verfassers mit dem Titel: *Res vivens. Agentenmodelle organischer Ordnung 1600–1800*, Freiburg i.Br. 2008; Böckenförde (wie Anm. 1), S. 580–586, zum Organismusbegriff bei Kant, Fichte und Hegel.

¹³ Nur so kann sich Alles ausgleichen und der Begriff organisch gebildeter Stände an die Stelle einer, nach vorhergegangener allgemeiner Nivellierung, auf blossen Zahl- und Vermögensverhältnissen beruhender Volksrepräsentation treten, in: Wilhelm von Humboldts Politische Denkschriften, bearb. von Bruno Gebhardt, Bd. 3: 1815–1834, 1. Hälfte, Berlin 1904, Nr. XXXIV, S. 225–296, hier S. 276.

¹⁴ Zit. Böckenförde (wie Anm. 1), S. 586, mit Bezugnahme auf Karl Salomo Zachariae (1769–1843). Sehr instruktiv und materialreich zuletzt auch Laura M ün k l e r, *Metaphern im Recht. Zur Bedeutung organischer Vorstellungen von Staat und Recht*, in: *Der Staat* 55 (2016), S. 181–211.

insofern, als es die Stabilität und Anpassungsfähigkeit der herrschenden Monarchien einerseits objektiverte. Die Metapher des ‚Organismus‘ dürfte andererseits dem romantischen Empfinden der damaligen Zeit eher entsprochen haben als die im späteren 18. Jahrhundert vielfach behauptete Rationalität des Staats als ‚Maschine‘, zumal der Organismusvergleich bis dahin in Ermangelung alternativer Vokabeln zur Fixierung des politischen Status quo praktisch konkurrenzlos geblieben war¹⁵.

Körpermetaphorik und Gemeinwohlideal bildeten somit einen oft beschworenen Zusammenhang¹⁶. Einige Beispiele aus dem Bereich der organischen Staats- und Gesellschaftslehre seien genannt. So wollte der bayerische Jurist Johann Baptist Nibler (1792–1848) 1805 den *Staat aus dem Organismus des Universums entwickelt* sehen¹⁷. Er erblickte im Staat einen Verein von Menschen, die durch gemeinsames Wohlfahrtsinteresse entsprechend ihren natürlichen Gegebenheiten zusammengeschlossen, aber nicht konstituiert, d.h. formal durch einen Vertrag verpflichtet, waren. Nibler war sicher kein prominenter Vertreter, zählte immerhin aber zu den Pionieren des organischen Staatsdenkens¹⁸. Der Historiker Heinrich Leo (1799–1878) veröffentlichte 1833, drei Jahre nach Antritt einer Professur für Geschichte in Berlin, seine Schrift *Studien und Skizzen zu einer Naturlehre des Staates*¹⁹. Ebenfalls geleitet vom Bekenntnis für den *organisch-systematischen Staat* wandte sich Leo, der sich nach bewegten Jugendjahren vom national-republikanisch enthusiastischen Burschenschaftler seit 1819 zum politischen Reaktionsär und Zeitgeistkritiker entwickelt hatte, gegen jede Veränderung des Status quo – etwa im Rahmen der nun so genannten, stark diskutierten ‚Judenfrage‘²⁰. Ein weiterer Vordenker des ‚Organischen‘ war Eduard Schübler (1792–1870), Notar und Rechtsanwalt in Schwäbisch Hall, der in seiner 1847 erschienenen Schrift *Der organische Staat* einmal mehr das Bild einer Willensgemeinschaft zwischen

¹⁵ Vgl. die vorzügliche Darstellung von Barbara Stollberg-Rilinger, *Der Staat als Maschine. Zur politischen Metaphorik des absoluten Fürstenstaats* (Historische Forschungen 30), Berlin 1986; Struve (wie Anm. 5), S. 292.

¹⁶ Vgl. Böckenförde (wie Anm. 1), S. 592–593.

¹⁷ Johann Baptist Nibler, *Der Staat aus dem Organismus des Universums entwickelt*, ein Versuch. Mit einem Programm des Herrn Prokanzlers und Professors Dr. Gönner über den Einfluss einer richtigen Ansicht vom Staate auf Geschichte, Politik, Statistik, Staatswirthschaft und Völkerrecht, Landshut 1805.

¹⁸ Vgl. Jan Rolin, *Der Ursprung des Staates. Die naturrechtlich-rechtsphilosophische Legitimation von Staat und Staatsgewalt im Deutschland des 18. und 19. Jahrhunderts* (Grundlagen der Rechtswissenschaft 4), Tübingen 2005, Kap. 5 (Der Staat als Organismus: organische Staatslehren im 19. Jahrhundert), S. 215–260, zu Nibler S. 215–218.

¹⁹ Heinrich Leo, *Studien und Skizzen zu einer Naturlehre des Staates*, Halle a.d.S. 1833.

²⁰ So war es Leo in seinen ‚Studien und Skizzen‘ wie auch anderswo ein besonderes Anliegen, der von Christian Konrad Wilhelm Dohm 1781/1783 aufgeworfenen ‚bürgerlichen Verbesserung‘ der Juden in publizistischen Beiträgen entgegenzuwirken. Für Stolz und *Abschliessung* (sprich: gesellschaftliche Exklusion) als Mittel (*Hebel*) zur Wahrung der von ihm bevorzugten *Kastenverfassung* plädierend, gab er sich überzeugt, dass den nach seiner Ansicht beim Patriarchalismus stehen gebliebenen (sprich: kulturell distinkten) Juden im christlichen Staat kein Platz gebühre. Vgl. Leo (wie Anm. 19), Zit. S. 40 und S. 186.

Fürst und Volk zeichnete²¹. Geschrieben in der von extremer Pauperisierung geprägten vorrevolutionären Phase, wird der König darin zum Retter und Garanten der Stabilität im Zeichen großer Bedrohung stilisiert. Unter seiner Führung, so Schübler, konstituierten überhaupt nur die zum *Gemeinsinn* befähigten Besitzbürger die *organisierte Gesellschaft*, die weder *Massenherrschaft* noch *Aristokratie* als einander entgegengesetzte Entartungen zulasse. 1856 kritisierte Schübler die württembergische Gemeindeordnung mit der Behauptung, *daß unmittelbare Wahlen nur die Vorläufer des Untergangs wahrer Freiheit, des Anfangs der Gewaltherrschaft sind*²². Ein weiterer Vertreter der ‚organischen‘ Staats- und Gesellschaftslehre war der Nationalökonom Albert Schäffle (1831–1903), der von 1875 bis 1878 eine seinem Anspruch nach naturwissenschaftlichen Kriterien genügende, in erster Auflage vierbändige Theorie zum ‚Bau und Leben des socialen Körpers‘²³ vorlegte. Nach Maßgabe der von ihm behaupteten Gesetze der *Socialpsychophysik* sah er die Aufgabe des Staates in der Aktivierung und Regulierung individueller und sozialer *Bewegungserregungen* zum Zwecke allgemeiner Prosperität. Für Letztere bemühte er das Organismuskonzept wohl eher in einem analogischen, denn in einem substanziellen Sinne. Gleichsam einen Mittelweg zwischen Zentralismus und Sozialismus suchend engagierte sich der eigenwillige, gelegentlich den ‚Kathedersozialisten‘ zugerechnete Verfasser später im Rahmen von Bismarcks Sozialgesetzgebung.

Das ‚organismische‘ Credo musste also nicht notwendigerweise auf konservative, etatistische Entwürfe hinauslaufen. Schließlich glaubte auch der gemäßigte oder ‚organische Liberalismus‘ (Wolfgang Hardtwig) seine Ziele am besten im Rahmen eines konstitutionellen Verfassungsstaats aufgehoben²⁴, der noch in weiten Teilen auf der ständisch-korporativen Tradition der deutschen Staaten gründete. Konzeptionell und institutionell waltete dieses Monarchia-Mixta-Modell mindestens bis zur Revolution von 1848 vor. Allerdings betonte Hans-Christof Kraus in Anlehnung an Luhmanns Modell historisch-gesellschaftlicher Systemdifferenzierung zu Recht, dass im ‚Übergang von einer traditional-stratifizierten zu einer modern-funktionalen Gesellschaftsordnung‘ sehr unterschiedliche Auffassungen über ‚Stände‘ laut

²¹ Eduard Schübler, *Der organische Staat*, Stuttgart 1847, Zit. S. 121. Vgl. zu ihm Philippe Alexandre, *Eduard Schübler (1792–1870). Jurist, Politiker und Theoretiker des „organischen Staates“*. Ein Beitrag zur Geschichte des Frühliberalismus in Württemberg, in: *Württembergisch Franken* 90/91 (2006/2007), S. 327–360.

²² Eduard Schübler, *Die Gemeindeordnung Württembergs und anderer deutscher Staaten*, Stuttgart 1856, Zit. S. 10.

²³ Albert Schäffle, *Bau und Leben des socialen Körpers*. Encyklopädischer Entwurf einer realen Anatomie, Physiologie und Psychologie der menschlichen Gesellschaft mit besonderer Rücksicht auf die Volkswirtschaft als socialen Stoffwechsel, 4 Bde., Tübingen 1875–1878. Vgl. zu ihm Robert J. Gentry, *Organic Social Thought and Mitteleuropa*. Albert Schäffle's Response to Modernization in Central Europe, in: *Austrian history yearbook* 17/18 (1981/1982), S. 57–79. Ich danke Herrn Kollegen Prof. Dr. Lutz Raphael (Universität Trier), der mich auf die Bedeutung Schäffles aufmerksam machte.

²⁴ Wolfgang Hardtwig, *Von Preußens Aufgabe in Deutschland zu Deutschlands Aufgabe in der Welt*. Liberalismus und borussianisches Geschichtsbild zwischen Revolution und Imperialismus, in: *Historische Zeitschrift* 231 (1980), S. 265–324, hier u.a. S. 298.

wurden²⁵. In der Diktion der gemäßigten Liberalen (überdies ohnehin der Konservativen) attribuierte das ‚Organische‘ im Umfeld der Revolution von 1848/1849 die behauptete Unauflöslichkeit einer Verbindung zwischen Volk und Monarchen²⁶. Neuständische Denkmuster verbreiteten sich ebenfalls im Lager der gemäßigten Linken: In diesem Umfeld bleibt der Rechtsphilosoph Heinrich Ahrens (1808–1874) einzuordnen, der kurz nach der Märzrevolution, während der er Abgeordneter in Frankfurt und Mitglied des ‚Verfassungsausschusses‘ gewesen war, in Wien eine unvollendet gebliebene ‚Organische Staatslehre auf philosophisch-anthropologischer Grundlage‘ veröffentlichte²⁷.

Spätestens nach der Niederschlagung der Revolution neigten organische Staatsentwürfe zwar meistens restaurativen Konzepten zu. Gleichwohl sind die Einwände gegen organizistische Staats- respektive ständische Reformvorstellungen nicht zu unterschlagen, die von manchen Vertretern des konstitutionellen Frühliberalismus²⁸ und, konsequenter noch, von den Junghegelianern formuliert wurden: So entlarvte Karl Marx (1818–1883) in seiner ‚Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie‘ (1843/1844) die von Hegel behauptete *Vermittelung* der Stände zwischen Volk und Regierung als Teilhabe an der Regierungsgewalt selbst²⁹. Kurz zuvor, Ende 1840, hatte sich Friedrich Engels (1820–1895) in Auseinandersetzung mit Ernst Moritz Arndts kurz zuvor gedruckten ‚Erinnerungen‘ in einer kleinen Artikelserie mit entschiedenen Worten gegen alle Anklänge an eine ‚organische‘ Ordnung verwahrt: In diesen nämlich sah er nichts anderes als die Täuschungsabsicht (*Taschenspielererei*) des reaktionären Staates und seiner Helfershelfer³⁰. Offensichtlich hatte Engels dabei weniger die kontroverse Person Arndts

²⁵ Vgl. Hans-Christof Kraus, *Vom Traditionsstand zum Funktionsstand: Bemerkungen über „Stände“ und „Ständetum“ im deutschen politischen Denken des 19. Jahrhunderts*, in: Roland Gehrke (Hg.), *Aufbrüche in die Moderne: Frühparlamentarismus zwischen altständischer Ordnung und monarchischem Konstitutionalismus 1750–1850. Schlesien – Deutschland – Mitteleuropa* (Neue Forschungen zur Schlesischen Geschichte 12), Köln, Weimar, Wien 2005, S. 13–44, Zit. S. 15.

²⁶ Vgl. i.d.S. Horst Grünert, *Sprache und Politik. Untersuchungen zum Sprachgebrauch der ‚Paulskirche‘* (Studia linguistica germanica 10), Berlin, New York 1974, hier insbes. S. 191–194.

²⁷ Heinrich Ahrens, *Organische Staatslehre auf philosophisch-anthropologischer Grundlage*, Wien 1850. Vgl. zu ihm die knappe Studie von Evi Herzer, *Der Naturrechtsphilosoph Heinrich Ahrens (1808–1874)* (Schriften zur Rechtstheorie 159), Berlin 1993, S. 26–28; Michael Stolleis, *Geschichte des öffentlichen Rechts in Deutschland*. Bd. 2. *Staatsrechtslehre und Verwaltungswissenschaft 1800–1914*, München 1992, S. 429.

²⁸ Vgl. Kraus (wie Anm. 25), S. 22–26.

²⁹ Karl Marx, *Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie*. Kritik des Hegelschen Staatsrechts, in: Karl Marx/ Friedrich Engels – Werke. Gesamtausgabe (MEGA), Erste Abt., Werke – Artikel – Entwürfe März 1843 bis August 1844, Bd. 2, bearb. von Inge Taubert, Berlin (DDR) 1982, S. 3–138, zur Kritik der Ständetheorie Hegels S. 89–106, Zit. u.a. S. 95.

³⁰ Friedrich Engels [alias Friedrich Oswald], Ernst Moritz Arndt, in: Karl Marx/ Friedrich Engels – Werke. Gesamtausgabe (MEGA), Erste Abt., Werke – Artikel – Entwürfe bis August 1844, Bd. 3, bearb. von Ileana Bauer, Berlin (DDR) 1985, S. 210–222, Zit. S. 217–218: *Die Phrasen von historischer Entwicklung, Benutzung der gegebenen Momente, Organismus und so weiter müssen ihrer Zeit einen Zauber gehabt haben, von dem wir uns keine Vorstellung machen können, weil wir einsehen, daß es meist schöne Worte sind, die es mit ihrer eignen Bedeutung nicht ernstlich meinen. Man gehe geradezu auf die Gespenster los! Was versteht ihr unter einem organischen Staat? Einen solchen, dessen Institutionen sich mit und aus der Nation im Laufe der Jahrhunderte entwickelt haben, nicht aber aus der Theorie heraus konstruiert sind. Sehr schön; nun*

vor Augen als vielmehr die konstitutionell regierenden süddeutschen Monarchen wie auch den preußischen König Friedrich Wilhelm IV., dessen Thronbesteigung im Juni 1840 von vielen Hoffnungen auf politische Liberalisierung begleitet worden war.

Die Pflege der Altertümer: Heimatkunde alter und neuer Prägung

Mit der Annäherung an die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts sei im Folgenden die Landesgeschichtsschreibung in den Blick genommen. Im akademischen Spektrum ist die Landesgeschichte in Deutschland bekanntlich erst um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert institutionalisiert worden, zunächst durch Historische Kommissionen, dann durch Universitätsprofessuren, insbesondere nach dem Ersten Weltkrieg. Zuvor hatten sich bereits deutlich vor 1850 zahlreiche Geschichtsvereine etabliert, in deren Interesse sich die Reminiszenz an das Alte mit der Selbstverpflichtung zur Pflege immaterieller wie materieller Traditionen verband. Dies ging mit einer frappierenden Ausblendung der industriellen Moderne einher³¹. Wie in jüngerer Zeit insbesondere von Wolfgang Burgdorf überzeugend dargestellt³², diente nach 1815 das weit entlegene Mittelalter für viele patriotisch enthusiastische Zeitgenossen am ehesten (zumal da politisch unverfänglich) als Projektionsfläche für Hoffnungen auf eine bessere Zukunft. Die Vision eines geeinten Deutschlands ließ für eine historische Betrachtung von Regionen im Sinne einer ‚Partikulargeschichte‘ dagegen keinen Platz.

Die Zurückstellung der Geschichte nach 1815 war in diesem Paradigma eine erinnerungslogische Notwendigkeit, die sich in der Landesgeschichte umso stärker auftrat: Denn die zwischen 1813 und 1815 obsiegenden Dynastien, die als Herrschaftsträger in den Fürstenstaaten meistens bis 1918 fortbestanden, hatten selbst ja den allergrößten Anteil an der Zerlegung dieses Alten Reichs gehabt, und dies in Verbindung mit der sukzessiv betriebenen Einebnung regionaler Autonomien und der daran geknüpften Identitäten. Im Deutschen Kaiserreich, so die These von Georg Kunz über das in Geschichtsvereinen vorwaltende historische Verständnis, wirkte regionaler Partikularismus entgegen landläufiger Annahme tatsächlich wesentlich stärker in seinem regionalen Bezugsrahmen (*Peripherieregionalismus*) als im Verhält-

kommt die Anwendung auf Deutschland! Dieser Organismus soll darin bestehen, daß die Staatsgenossen sich in Adel, Bürger und Bauern scheiden, benebst Allem, was daran hängt. Das soll Alles in dem Wort Organismus in nuce verborgen liegen. Ist das nicht eine elende, eine schmählige Sophisterei? Selbstentwicklung der Nation, sieht das nicht gerade aus wie Freiheit? Ihr greift zu mit beiden Händen und erhascht – den ganzen Druck des Mittelalters und des ancien régime. Zum Glück kommt diese Taschenspielerlei nicht auf Arndt's Rechnung. Nicht die Anhänger der Ständetheilung, wir, ihre Gegner, wir wollen organisches Staatsleben.

³¹ Vgl. u.a. Georg Kunz, Verortete Geschichte. Regionales Geschichtsbewußtsein in den deutschen Historischen Vereinen des 19. Jahrhunderts (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 138), Göttingen 2000.

³² Vgl. Wolfgang Burgdorf, Ein Weltbild verliert seine Welt: Der Untergang des Alten Reiches und die Generation 1806 (Bibliothek Altes Reich 2), München 2009. Die Arbeit stellt das ‚Reichspersonal‘ in den Vordergrund, eröffnet aber auch (wie weitere Beiträge des Verfassers an anderer Stelle) die Perspektive auf die öffentliche Wahrnehmung des Endes des Alten Reichs.

nis zum Gesamtstaat³³. Divergierende, meist konfessionell geleitete Präferenzen für eine klein- oder großdeutsche Lösung änderten daran wenig. Als sehr ausgeprägt erwies sich dies beispielsweise im 1803 bayerisch gewordenen, zuvor territorial enorm fragmentierten Schwaben³⁴, wo geschichtsaffine Kreise bis in die Zeit der frühen Bundesrepublik an Selbstverwaltungsplänen festhielten, die sie bevorzugt mit organisatorischen Ideen über ‚Land und Leute‘ begründeten. Die Fixierung auf die Vormoderne war jedoch konstitutiv nicht nur für die vereinsmäßige Geschichtskultur, sondern für die gesamte deutsche Landesgeschichtsforschung bis im Grunde in die frühen 1970er Jahre. Nach expliziten Bekenntnissen zu einer ‚organischen‘ Geschichte sucht man in den Publikationen der Geschichtsvereine bis dahin freilich vergeblich, weil sich dort theoretische Reflexionen nicht einmal ansatzweise finden. Die Verklärung des historischen ‚Erbes‘ wirkte somit eher diffus und undifferenziert im Zeitempfinden modernitätskritisch eingestellter Geschichtsfreunde denn als aktiv modelliertes Gegenprogramm zu einer als ahistorisch begriffenen Gegenwart.

Ein Bindeglied zwischen der vereinsmäßigen Pflege der Altertümer und der akademischen Landesgeschichte stellte die Heimatgeschichte neuerer Prägung dar. Als einer ihrer maßgeblichen Vertreter hat der Philosoph, Pädagoge und Psychologe Eduard Spranger (1882–1963) zu gelten. Beklagte Spranger *Entwurzelung* statt *Einwurzelung* und das *Elend des Großstädtlers*, mag er seinen eigenen Geburtsort, die auf freier Feldflur in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts errichtete Villenkolonie Lichterfelde, vor Augen gehabt haben, die 1920 durch das Groß-Berlin-Gesetz in die ‚geschichtslose‘ Metropole eingemeindet wurde. Wie schon Wilhelm Heinrich Riehl (1823–1897), der Jahrzehnte zuvor auf die Etablierung einer progressiven (und nicht bloß vaterländisch eingestellten) Ethnographie gedrängt hatte, die künftig *die Entwicklung der Gesetze des Volksorganismus* aufzuzeigen habe³⁵, legte auch Spranger den Geisteswissenschaften integrative geisteswissenschaftliche Konzepte nahe. In der Heimatkunde sah er dabei *das bisher eindrucksvollste Beispiel einer Überwindung der abstrakten Fächertrennung und damit eine Wiederherstellung des organischen Zusammenhangs der Erkenntnisgegenstände*³⁶. Die *Heimat* nämlich, so Spranger, sei *erlebte und erlebbare Totalverbundenheit mit dem Boden [...] Heimat ist geistiges Wurzelgefühl*. Doch statt lediglich einer bloßen Emphase nachzugeben, vertrat Spranger das Programm

³³ Vgl. zusammenfassend Kunz (wie Anm. 31), S. 323–341, Zit. S. 323. Gabriele Clemens stellte entgegen der Annahme von Kunz die Existenz eines konsistenten Nationalempfindens auf Seiten der eindeutig regionalistisch orientierten deutschen Geschichtsvereine generell in Abrede. Vgl. u.a. Gabriele B. Clemens, Säulen der Regionalgeschichtsschreibung. Die deutschen Altertums- und Geschichtsvereine im langen 19. Jahrhundert, in: Brigitte Kasten (Hg.), Historische Blicke auf das Land an der Saar. 60 Jahre Kommission für Saarländische Landesgeschichte und Volksforschung, Saarbrücken 2012, S. 333–349, hier S. 348.

³⁴ Vgl. maßgeblich Martina Steber, Ethnische Gewissheiten. Die Ordnung des Regionalen im bayerischen Schwaben vom Kaiserreich bis zum NS-Regime (Bürgertum, N.F. 9), Göttingen 2010, S. 68–69.

³⁵ Vgl. etwa von 1858 Wilhelm Heinrich Riehl, Die Volkskunde als Wissenschaft. Ein Vortrag, in: *Ders., Culturstudien aus drei Jahrhunderten*, Stuttgart 1862, S. 205–229, Zit. S. 219.

³⁶ Zitate aus Eduard Spranger, Der Bildungswert der Heimatkunde. Rede zur Eröffnungssitzung der Studiengemeinschaft für wissenschaftliche Heimatkunde am 21. April 1923, Berlin 1923.

einer künftigen Heimatkunde, die nach seiner Auffassung *das reinste Beispiel einer totalisierenden Wissenschaft darstelle*³⁷.

Das ‚Organische‘ in der akademischen Landesgeschichte

Der Weg organizistischer Elemente von der Heimat- in die akademische Landesgeschichte war vor diesem Hintergrund nicht weit: Die Aneignung erfolgte aufgrund einer ideellen Korrelation ebenso wie aus Opportunitätsmotiven. Zunächst ist zu betonen, dass es in den Anfängen der institutionellen Fundierung der Landesgeschichtsforschung sehr geboten war, jeden Effekt zu vermeiden, der als Absonderung von der etablierten Historiographie oder gar als Infragestellung ihrer Prämissen hätte verstanden werden können. Das musste besonders Karl Lamprecht (1856–1915) erfahren, der sich des Vorwurfs Georg von Belows (1858–1927) erwehrte, er erachte Staatlichkeit als Hervorbringung kollektiver, sozialer oder eben genossenschaftlicher Kräfte, wo Below auf dem Wesen des Staats als reale, autogene wie autonome Rechtspersönlichkeit beharrte³⁸. Bezeichnenderweise beilte sich Lamprecht zumindest in seinen wissenschaftlichen Anfangsjahren, die kulturwissenschaftliche Methode dem Mittelalter vorbehalten zu wollen, während, so in einem Brief an seinen Förderer Gustav von Mevissen im Gründungsjahr der ‚Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde‘ 1881, bei der Beschäftigung mit der Neuzeit unbedingt der Vorrang der politischen Geschichte gewahrt werden müsse³⁹. Ungeachtet solcher Rücksichtnahme war und blieb auch der von Lamprecht verfochtene genetische Ansatz einer ganzheitlichen Auffassung der Landesgeschichte verpflichtet. Diesem lag nach Luise Schorn-Schütte ein „organisch-soziologischer Staatsbegriff zugrunde, der als Ergebnis seiner Rezeption romantisch-organologischer Tradition der deutschen Kulturgeschichtsschreibung“ zu greifen sei⁴⁰.

Die Öffnung des sozialen und kulturellen Wirklichkeitsbereichs, der unter der Dominanz der politischen Geschichtsschreibung bis dahin verschlossen geblieben war, schuf in Verbindung mit dem zunehmend ideologisierten Heimatgedanken die Voraussetzung zur ‚Volksgeschichte‘, die sich in den Diskursen

³⁷ Spranger (wie Anm. 36), Zit. S. 23.

³⁸ *Vergleiche zwischen dem Leben der Staaten und Völker und denen der ‚Organismen‘*, so Below über ‚Die neue historische Methode‘ in der Historischen Zeitschrift 1898, sind nur zulässig, wenn man ein bloßes Bild geben will. Statuirt man aber einen Parallelismus oder gar die Identität beider, so begibt man sich auf den Boden der Spekulation, Georg von Below, Die neue historische Methode, in: Historische Zeitschrift 81 (1898), S. 193–273, Zit. S. 255.

³⁹ Ich beziehe mich auf einen Nachweis aus der Korrespondenz Lamprechts mit Gustav von Mevissen bei Dr. Klaus Pabst in einem in Druckvorbereitung befindlichen Manuskript zur Geschichte der Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde.

⁴⁰ Luise Schorn-Schütte, Territorialgeschichte, Provinzialgeschichte – Landesgeschichte, Regionalgeschichte. Ein Beitrag zur Wissenschaftsgeschichte der Landesgeschichtsschreibung, in: Markus Friedrich, Anja Kürbis, Holger Kürbis (Hg.), Luise Schorn-Schütte. Perspectum. Ausgewählte Aufsätze zur Frühen Neuzeit und Historiographiegeschichte anlässlich ihres 65. Geburtstags, München 2014, S. 111–143, Zit. S. 138.

nach dem Ersten Weltkrieg Raum brach⁴¹. Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass deutsche Historiker in ihrem Meinungsbild ausgesprochen stark durch den Kriegsausgang polarisiert und radikalisiert, gleichzeitig durch das neue wissenschaftliche Paradigma enthusiastiert und aktiviert wurden. Diese parallele Entwicklung fand sich exemplarisch in den Reflexionen des sächsischen Landeshistorikers Rudolf Kötzschke (1867–1949), der das 1906 auf Anregung von Lamprecht gegründete Leipziger ‚Seminar für Landesgeschichte und Siedlungskunde‘ von 1906 bis 1936 führen sollte⁴². Kötzschke hatte bei Friedrich Ratzel (1844–1904)⁴³ studiert, dem wohl entscheidenden Impulsgeber der historischen Kulturraumforschung. Dessen Ansatz war damals für Historiker gerade deshalb besonders attraktiv, weil er das klassische Thema Staatlichkeit nicht etwa aussparte, sondern im Rahmen einer ‚politischen Geographie‘ vielmehr zu erhöhter Geltung brachte. In diesem Zusammenhang vollzog Ratzel, ein promovierter Zoologe und erklärter Verfechter naturwissenschaftlicher Methoden in den Geisteswissenschaften, die Übertragung des ‚Organischen‘ auf die staatliche Sphäre explizit und modellhaft: so in seinen Ausführungen ‚Der Staat als bodenständiger Organismus‘, die das Auftaktkapitel seiner ‚Politischen Geographie‘ von 1897 bildeten.

In Kötzschkes 1923/1924 veröffentlichtem, grundlegendem Aufsatz über ‚National- und Landesgeschichte‘ vermischten sich derlei Elemente mit der Erfahrung der frühen Nachkriegszeit⁴⁴. Nach ermüdender Darstellung über den Fortgang in der Landesgeschichtsforschung befasst sich Kötzschke mit der so genannten *Katastrophe* von 1919: *Da kam der Weltkrieg, ein Erleben von ungeheurer Wucht, das Geist und Gemüt aufs tiefste erschütterte*. Bemerkenswerterweise ruft der Mediävist Kötzschke seine Historikerkollegen nun dazu auf, zur *Ergründung der Kriegsursachen* beizutragen. Ihre erstrangige Pflicht sei es, möglichst weite Kreise daran zu erinnern, *daß wir ein Volk [...] ganz einheitlich geschlossener Art, eine Na-*

⁴¹ Die Forschungsliteratur hierzu ist inzwischen reichhaltig und kann hier nicht in der Breite wiedergegeben werden. Namentlich verwiesen sei zunächst nur auf die Studie von Willi Oberkrome, *Volksgeschichte. Methodische Innovation und völkische Ideologisierung in der deutschen Geschichtswissenschaft 1918–1945* (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 101), Göttingen 1993, sowie das zweibändige, 2017 von Ingo Haar und Michael Falbusch in zweiter und stark erweiterter Auflage herausgegebene ‚Handbuch der völkischen Wissenschaften‘.

⁴² Vgl. zu Kötzschke den Sammelband von Wieland Held, Uwe Schirmer (Hg.), Rudolf Kötzschke und das Seminar für Landesgeschichte und Siedlungskunde an der Universität Leipzig. Heimstatt sächsischer Landeskunde (Schriften der Rudolf-Kötzschke-Gesellschaft 1), Beucha 1999. Kötzschkes historiographisches Selbstverständnis erhellt darin am konsequentesten Esther Ludwig, Rudolf Kötzschke – Das schwere Bemühen um die Bewahrung der „unantastbaren Reinheit des geschichtlichen Sinnes“, ebd., S. 21–70. Vgl. auch Karl Ditt, Zwischen Raum und Rasse. Die „moderne Landesgeschichte“ während der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte 141/142 (2005/2006), S. 415–448, hier S. 418–423. Der Beitrag wurde wieder abgedruckt bei Enno Bünz (Hg.), 100 Jahre Landesgeschichte (1906–2006). Leipziger Leistungen, Entwicklungen und Wirkungen (Schriften zur sächsischen Geschichte und Volkskunde 38), Leipzig 2012, S. 161–195.

⁴³ Vgl. zum Einfluss Ratzels auf Kötzschke Ludwig (wie Anm. 42), S. 24–26.

⁴⁴ Rudolf Kötzschke, Nationalgeschichte und Landesgeschichte, in: Thüringisch-Sächsische Zeitschrift für Geschichte und Kunst 13 (1923/1924), S. 1–22, hier zitiert im Nachdruck bei Pankraz Fried (Hg.), Probleme und Methoden der Landesgeschichte (Wege der Forschung 492), Darmstadt 1978, S. 13–37.

tion, die auf Blutmischung und gleicher Sprache, auf staatlichem Zusammenschluß, auf Schicksalsgemeinschaft und Willenseinheit beruht, erst wieder werden müssen. Daher müssten sich Landeshistoriker dazu aufrufen, ihre Arbeit endlich als eine Angelegenheit von nationaler Tragweite wahrzunehmen. Die eigentliche Zukunftsaufgabe der Landeshistoriker, so Kötzschke, sei es somit, mitzuwirken zur Selbstbesinnung auf die Tiefen unseres Seins und darum die Kräfte zu stählen zu einem gesunden Wiederaufstieg⁴⁵. Die von Spranger zur anthropologischen Norm erhobene affektive Verbindung des Menschen mit seiner Umgebung wird nun von Kötzschke auf das Land selbst übertragen: *Land ist Staatsboden, Land ist Volksboden, Land ist Kulturboden – und endlich das Innerlichste: Heimat*. Organisches Denken findet hier seinen expliziten Ausdruck auf der Ebene der behandelten Region wie des Staates: *Wir denken doch allgemein an das Land als Wohn- und Nährboden der Bevölkerung, auf dem sie ihr Dasein führt und die geschichtlichen Vorgänge und Wandlungen erlebt; alle Kulturtätigkeit ist darin eingeschlossen. Das Land erscheint uns als eine organische Einheit, in innerlichem Zusammenhang mit kleineren, engräumigeren Gebilden wie auch mit den benachbarten, die sich zu einem großen Ganzen zusammenschließen*⁴⁶. Für Kötzschke bildete die ineinandergreifende Landes- und Heimatgeschichte lediglich einen *Ausschnitt aus der Geschichte des ganzen deutschen Volkes*: Sie stehe zur Nationalgeschichte *im Verhältnis eines organischen Zusammenhangs*⁴⁷. Die Harmonisierung des Geschichtsbildes findet also charakteristischerweise auf zwei Ebenen statt: innerhalb des Landes und im Verhältnis des Landes zu Staat und Nation. Einem möglichen Widerspruch von Landes- und Nationalgeschichte wollte auch Kötzschke unbedingt vorbeugen.

Der Historikertag von 1924 und die Folgen

Viele Kollegen Kötzschkes, denen es wie ihm elementar um die Aufdeckung der *geschichtlichen Gründe für uraltes Heimatrecht*⁴⁸ zu tun war, verschrieben sich diesem Programm. Davon zeugt der erste Historikertag nach dem Krieg in Frankfurt am Main, auf dem Kötzschke seinen genannten Aufsatz im Rahmen der ‚zwölften Konferenz der Vertreter der landesgeschichtlichen Publikationsinstitute‘ am 1. Oktober 1924 vorgetragen hatte⁴⁹. In Frankfurt agierte Kötzschke sowohl in seiner Eigenschaft als Leipziger Institutsvorsitzender, der er seit 1906 in Nachfolge seines Lehrers Karl Lamprecht gewesen war, wie als ständiger Sekretär der ‚Konferenz‘ der Landeshistoriker, in der er Vertreter von insgesamt 19 ‚Publikationsinstituten‘ empfing. Ein kurzer Blick auf den Historikertag zeigt, wie sehr das von den Landeshistorikern beworbene Geschichtsbild bereits mit der allgemeinen Geschichtswissenschaft verschränkt war.

⁴⁵ Kötzschke (wie Anm. 44), Zit. S. 36.

⁴⁶ Kötzschke (wie Anm. 44), Zit. S. 15.

⁴⁷ Kötzschke (wie Anm. 44), Zit. S. 35.

⁴⁸ Kötzschke (wie Anm. 44), Zit. S. 33.

⁴⁹ Bericht über die vierzehnte Versammlung deutscher Historiker zu Frankfurt a.M. 30. September–4. Oktober 1924, Frankfurt a.M. 1926, Teil D, S. 45–52.

In der Aula der Universität Frankfurt stehend, begrüßte der amtierende Verbandspräsident Georg Küntzel (1870–1945) das Publikum *an der Schwelle der Westmark*. Durch das geöffnete Fenster nach Westen und Süden blickend, stehe es nun an, den *Geist deutscher Kultur und Wissenschaft* zu verbreiten⁵⁰. Auch dieser Historikertag halte sich zwar an die Selbstverpflichtung, die *Tagespolitik von seinen Veranstaltungen fern zu halten* [...] *Aber unter den tiefgreifenden Umwälzungen der Gegenwart*, so Küntzel weiter, sei schon die Vertretung deutschsprachiger Redner aus dem Saargebiet, Österreich und der Schweiz *ein Bekenntnis zu der großdeutschen Volksgemeinschaft*⁵¹. Tatsächlich ist 1924 in Frankfurt von einer „gezielten Programmplanung“ der Verantwortlichen auszugehen⁵². In diese ordnete sich nun auch an vorderster Stelle die Landesgeschichte ein. Seit 1894/1895 hatten sich auf Initiative Karl Lamprechts landesgeschichtliche Publikationsinstitute in parallelen Tagungen mit den Historikertagen assoziiert⁵³, ohne allerdings organisatorisch und konzeptionell integriert gewesen zu sein. Willi Oberkrome betonte daher, dass dieser „wohl beispiellose Durchsetzungserfolg einer innovativen historiographischen Richtung“ sich nicht in Bekenntnissen erschöpfte, sondern in schriftlich fixierten Beschlüssen – allen voran dem konzertierten Protest gegen ‚Versailles‘ – der im Herbst 1924 versammelten Historikerschaft materialisierte⁵⁴. Nach dem letzten Historikertag in Wien 1913 waren Weichenstellungen für die zukünftige Geschichtswissenschaft allseits erwartet worden. Entsprechend vielköpfig erschien in Frankfurt das Publikum, nun erstmals erweitert um die Geschichtslehrer in ihrem ebenfalls 1913 gegründeten Verband, der fortan den Schulterschluss mit der akademischen Geschichtswissenschaft suchen sollte⁵⁵. So

⁵⁰ Zitate nach der Zusammentragung der Presseberichterstattung bei Peter Schumann, *Die deutschen Historikertage von 1893 bis 1937. Die Geschichte einer fachhistorischen Institution im Spiegel der Presse*, Göttingen 1975, S. 292.

⁵¹ Bericht über die vierzehnte Versammlung deutscher Historiker (wie Anm. 49), Zit. aus der Wiedergabe der Eröffnungsrede Küntzels, S. 10. Vgl. zum Historikertag von 1924 und zur Rolle der Volksgeschichte auf den Historikertagen 1924 bis 1932 insgesamt Oberkrome (wie Anm. 41), S. 91–98, zum Frankfurter Historikertag ebd., S. 91–93; Cathrin Friedrich, „Gaudiant historiae“. Die deutschen Historikertage in den 1920er Jahren, in: Gerald Diesener, Matthias Middell (Hg.), *Historikertage im Vergleich (Comparativ – Zeitschrift für Globalgeschichte und vergleichende Gesellschaftsforschung, H. 6, 5–6)*, Leipzig 1996, S. 58–71; zuletzt Matthias Berg, *Krise und Neubeginn (1914–1930)*, in: Ders., Olaf Blaschke, Martin Sabrow, u.a. (Hg.), *Die versammelte Zunft. Historikerverband und Historikertage in Deutschland 1893–2000, 2 Bde.*, Göttingen 2018, Bd. 1, S. 156–199, hier S. 166–172 (dort auch das Zitat Küntzels, S. 167 Anm. 49). Zur öffentlichen Resonanz Schumann (wie Anm. 50), S. 289–314; Jörg Hackmann, *Ostpreußen und Westpreußen in deutscher und polnischer Sicht. Landeshistorie als beziehungs geschichtliches Problem (Quellen und Studien/ Deutsches Historisches Institut Warschau 3)*, Wiesbaden 1996, S. 180–181 mit Anm. 40.

⁵² Zit. Schumann (wie Anm. 50), S. 310.

⁵³ Vgl. Schorn-Schütte (wie Anm. 40), S. 125–126.

⁵⁴ Oberkrome (wie Anm. 41), Zit. S. 92–93.

⁵⁵ Vgl. Eckart Conze, *Geschichte für heute. Der Verband der Geschichtslehrer Deutschlands im Spannungsfeld von Politik, Wissenschaft und Unterricht (1913–2013)*, in: Ulrich Bongertmann (Hg.), *100 Jahre Verband der Geschichtslehrer Deutschlands. Beiträge zum Jubiläum in Marburg (Lahn) am 28. September 2013*, Oberhausen 2014, S. 7–31.

stellte der Historikertag eine ‚Massentagung‘ mit 446 Teilnehmern dar⁵⁶, auf der sich ein geeignetes Forum für das erklärte Ziel zu bieten schien, der international diskreditierten deutschen Geschichtswissenschaft zumindest zu Gleichrangigkeit zu verhelfen. Für die nachwilhelminische Historikerschaft stand hierbei zunächst der sprichwörtliche ‚Kampf um den Rhein‘ im Vordergrund⁵⁷. In längerer Perspektive sollte man sich zudem durch methodische Innovationen der Konkurrenz in Frankreich herausgefordert sehen, namentlich der französischen ‚Annales‘-Schule, gegen die mit der ‚Volksgeschichte‘ derselbe Trumpf ausgespielt wurde. Begriffliche Analogien gegenüber dem Französischen änderten freilich nichts am hermetischen und affirmativen Charakter der Volkstumshistoriographie. Peter Schöttler argumentierte daher: „Bei Febvre (und ebenso bei Bloch) haben wir es mit einer strukturierten, genauer: einer funktional und sozial strukturierten Ganzheit zu tun, während man auf deutscher Seite eine organische Ganzheit im Blick hatte, die entsprechend anders konstituiert wurde“⁵⁸.

Kötzschke, dem intellektuell wie institutionell die Rolle einer Vaterfigur der Volkstumsgeschichte zuerkannt wurde, verlieh der neuen Richtung in eigener Person Anciennität. Neben den deutsch-patriotischen Traditionalisten, zu denen er selbst wie Joseph Hansen (1862–1943) zählte, gab auf dem Frankfurter Historikertag dagegen ein jüngerer Kreis von Wissenschaftlern den Ton an, die einander wissenschaftlich, ideell und generationell nahestanden, unter ihnen Walter Platzhoff (geb. 1881), Adolf Helbok (geb. 1883) und Hermann Aubin (geb. 1885). So präsentierte Aubin auf dem Historikertag eine Ausstellung zur ‚historischen Kartographie der Rheinprovinz‘⁵⁹. Heute erscheinen die vorgebrachten methodischen Entwürfe mitsamt ihren interpretativen Ableitungen schon in fachlicher Hinsicht mindestens zweifelhaft. Man denke allein an die Suggestion „genealogische[r] Lebensräume der Dynastien“ in Aubins ‚Kulturströmungen und Kulturprovinzen in den Rheinlanden‘ von 1926⁶⁰. Sie wurden in Frankfurt aber nach Ausweis des Tagungsberichts nicht in Frage gestellt⁶¹. Ebenso wenig wurden Vorbehalte gegen Aubins Zweckbestimmung der Karten geäußert, die nämlich nach seiner Aussage auf einen Blick das Recht unserer staatlichen und nationalen Ansprü-

⁵⁶ Schumann (wie Anm. 50), S. 299. Schumann betont, dass erstmals mehr Besucher als Verbandsmitglieder teilnahmen, dass die Teilnehmerzahl in nachfolgender Zeit allerdings noch zweimal übertroffen werden sollte.

⁵⁷ Vgl. in geraffter Form Klaus Pabst, Die „Historikerschlacht“ um den Rhein, in: Jürgen Elvert (Hg.), Historische Debatten und Kontroversen im 19. und 20. Jahrhundert. Jubiläumstagung der Ranke-Gesellschaft in Essen, Wiesbaden 2003, S. 70–81.

⁵⁸ Zit. Peter Schöttler, Die intellektuelle Rheingrenze: Wie lassen sich die französischen „Annales“ und die NS-„Volksgeschichte“ vergleichen?, in: Christoph Conrad, Sebastian Conrad (Hg.), Die Nation schreiben. Geschichtswissenschaft im internationalen Vergleich, Göttingen 2002, S. 271–295, hier S. 287–288.

⁵⁹ Vgl. hierzu Friedrich (wie Anm. 51), S. 61.

⁶⁰ Hermann Aubin, Geschichte, in: Ders., Theodor Frings, Josef Müller (Hg.), Kulturströmungen und Kulturprovinzen in den Rheinlanden (Veröffentlichungen des Instituts für geschichtliche Landeskunde an der Universität Bonn), Bonn 1926, S. 1–89, hier S. 68–81.

⁶¹ Helbok sprach ‚Ueber den Ausbau der geschichtlichen Landesforschung aus einer gesamtdeutschen Siedlungsforschung‘, Aubin über ‚Stand und Ziele der historischen Geographie in der Rheinprovinz‘.

che klar vor aller Welt darlegen sollten⁶². Sein Nachfolger in Bonn, Franz Steinbach (1895–1964), der sich 1925 ebenda mit ‚Studien zur westdeutschen Stammes- und Volksgeschichte‘ habilitiert hatte, teilte die Vorbehalte gegenüber der aus seiner Sicht allzu unpolitischen, traditionalistischen Geschichtswissenschaft⁶³.

1924 hatte, so Peter Schumann, „die akademische Distanz gegenüber einer schon als Geschichte zu begreifenden Gegenwart wachsendem Interesse an der Zeitgeschichte zu weichen“ begonnen⁶⁴. Dies traf allerdings nicht allein auf die ‚Newcomer‘, sondern durchaus auch auf die Altvordern der Zunft wie Kötzschke und Georg Wolfram (1858–1940) zu. Letzterer war der Gründungsdirektor des 1920 in Frankfurt geschaffenen ‚Wissenschaftlichen Instituts der Elsaß-Lothringer im Reich‘, für das er in seinem eröffnenden Vortrag warb⁶⁵. Um 1924 konnten indes auch jüngere Historiker bereits institutionelle Erfolge vorweisen: 1920 hatte Aubin das Bonner ‚Institut für geschichtliche Landeskunde‘ gegründet, Adolf Helbok war 1923 die treibende Kraft bei der Einrichtung des ‚Instituts für geschichtliche Siedlungs- und Heimatkunde der Alpenländer‘⁶⁶ an der Universität Innsbruck. Diese verstand und profilierte sich nach dem Verlust Südtirols als ‚Grenzlanduniversität‘ mit kulturpolitischem wie politischem Auftrag. In Frankfurt plädierte er für dessen Erweiterung zur gesamtdeutschen Siedlungsforschung⁶⁷. Ebenfalls 1923 wurde auf Initiative von Erich Keyser (1893–1968) in Königsberg die ‚Historische Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung‘ eingerichtet. Weitere Institutionalisierungen folgten bis weit in die 1930er Jahre. Schon 1920 wurde auf höherer Ebene die wissenschaftspolitische Aufwertung

⁶² Hermann Aubin, Die historische Kartographie der Rheinprovinz, in: Ders. (Hg.), Geschichtliche Landeskunde. Anregungen in vier Vorträgen (Rheinische Neujahrsblätter 4), Bonn 1925, S. 2–27, hier S. 11; vgl. Oberkrome (wie Anm. 41), S. 91 und Alexander Pinwinkler, Zur kartographischen Inszenierung von „Volk“ und „Bevölkerung“ in der deutschen „Volksgeschichte“, in: Rainer Mackensen, Jürgen Reulecke (Hg.), Das Konstrukt „Bevölkerung“ vor, im und nach dem „Dritten Reich“, Wiesbaden 2005, der darauf hinweist, dass die meisten von Aubin produzierten Karten die politische Geschichte abbildeten (ebd., S. 241).

⁶³ Franz Steinbach, Studien zur westdeutschen Stammes- und Volksgeschichte (Schriften des Instituts für Grenz- und Auslandsdeutschum an der Universität Marburg 5), Jena 1926 (Neudruck Darmstadt 1962). Vgl. zum Hintergrund der Schrift u.a. Oberkrome (wie Anm. 41), S. 70–71.

⁶⁴ Zit. Schumann (wie Anm. 50), S. 308.

⁶⁵ Bericht über die vierzehnte Versammlung deutscher Historiker (wie Anm. 49), S. 11.

⁶⁶ Vgl. zuletzt Matthias Werner, Zur Geschichte des Faches, in: Werner Freitag, Michael Kießner, Christine Reinle, u.a. (Hg.), Handbuch Landesgeschichte, Berlin, Boston 2018, S. 3–23, hier S. 6–8.

⁶⁷ Zum Unterschiede vom Staate, der auf Adel, Kirche, Städte usw. aufbaut, lebt das Land unmittelbar aus dem Boden und dem Volkstum [...] Der Zellenstaat Land entwickelt naturgesetzlich von innen heraus, also (!) organisch, sein materielles Leben (Bericht über die vierzehnte Versammlung deutscher Historiker [wie Anm. 49], Zit. S. 49).

der Volkstumsforschung mit der Einrichtung einer ‚Stiftung für deutsche Volks- und Kulturbodenforschung‘ sinnfällig⁶⁸.

Es sollte Hermann Aubin (+1969) sein, der die Landesgeschichtsforschung noch in den 1920er Jahren zu einer universellen, an sämtlichen Peripherien Deutschlands anwendbaren Agenda erhob: Riccardo Bavaj spricht von ‚Kulturraumwissenschaft als Grenzverteidigung‘⁶⁹. Aubin erhielt nacheinander Professuren in Bonn, Gießen, Breslau und Hamburg. Nicht nur als Präsident des Historikerverbands (1953–1958) war er noch über seine Emeritierung hinaus einer der einflussreichsten Historiker der Nachkriegszeit. Auf dem Historikertag sprach er in seinem programmatischen Beitrag über ‚Aufgaben und Wege der geschichtlichen Landeskunde‘ eine Absage an die politische Geschichte aus, die er oft wiederholte, dabei das Argument stark machend, es fehle dieser der *organische Anknüpfungspunkt. Die Einheit der historischen Interessen*, so Aubin weiter, *kann hier nur in der Beziehung auf das Land an sich gefunden werden*. Dieses Land an sich bezeichnete die vorweggenommene Gegebenheit im Sinne ihres organischen Zusammenhangs. Es fungierte nicht als separate bzw. separierte Entität, sondern bildete als *historische Landschaft den organischen Unterbau einer Geschichte des deutschen Volkes. Anstelle der künstlichen Anlehnung an moderne Verwaltungsgrenzen*, so Aubin in einem deklarativen Zukunftstempus, *wird jene an die gewachsenen Einheiten des Volkslebens treten*⁷⁰. Mit dieser Botschaft sollten Landeshistoriker nun auch öffentlich wirken, sich zuvorderst aber in geeigneter Weise organisieren. Die ‚Konferenz‘ der Landeshistoriker errichtete in Frankfurt daher zunächst aus Stiftungsmitteln eine ‚Mittelstelle für deutsche Siedlungsforschung‘, die als Tribut an die Pionierleistungen Rudolf Kötzschkes an das Leipziger Seminar angebunden wurde⁷¹. Unmittelbar nach dem Historikertag kamen im Frankfurt nahegelegenen Heppenheim 71 Hochschullehrer, Archivare sowie Heimat- und Vertriebenenverbandfunktionäre zusammen, um sich unter der Führung Aubins auf einer ‚Tagung für Deutschtumspflege‘ im Vorausblick auf künftige Ziele und Arbeitsformen zu verständigen⁷².

Hermann Aubin verband bei derlei Initiativen die Umtriebigkeit des Organizers in seinem nahen akademischen Umfeld mit der Rolle des Volksaufklärers,

⁶⁸ Oberkrome (wie Anm. 41), S. 28–30; umfassende Darstellung bei Michael Fahlbusch, „Wo der deutsche ... ist, ist Deutschland!“ Die Stiftung für Deutsche Volks- und Kulturbodenforschung in Leipzig 1920–1933 (Abhandlungen zur Geschichte der Geowissenschaften und Religion-Umwelt-Forschung 6), Bochum 1994.

⁶⁹ Riccardo Bavaj, Kulturraumwissenschaft als Grenzverteidigung. Geohistorie und Raumideologie im „Denkschriften-Krieg“ der Weimarer Reichsreformdebatte, in: Christophe Duhamelle, Andreas Kossert, Bernhard Struck (Hg.), Grenzen und Grenzräume im europäischen Vergleich, Frankfurt am Main, New York 2007, S. 97–121.

⁷⁰ Hermann Aubin, Aufgaben und Wege der geschichtlichen Landeskunde, in: Fried (Hg.), Probleme und Methoden (wie Anm. 44), S. 38–52, Zit. S. 49. Ich zitierte aus dem stärker verbreiteten Neudruck der in den ‚Rheinischen Neujahrsblättern‘ IV (1925), S. 28–45, erfolgten Erstauflage.

⁷¹ 1926 wurde die Finanzierung der ‚Mittelstelle‘ durch das Reichsinnenministerium übernommen.

⁷² Vgl. Ingo Haar, Historiker im Nationalsozialismus. Deutsche Geschichtswissenschaft und der „Volkstumskampf“ im Osten (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 143), Göttingen 2000,

ganz im Sinne der Programmatik Sprangers⁷³. Sein Konzept zeigte sich außerordentlich offen bezüglich seiner fachlichen Ausgestaltung als auch möglicher Zuschreibungen: Es „konnte“, so Bernd-A. Rusinek, „prinzipiell nach der Seite einer Volksgeschichte linker Provenienz hin ausschlagen oder an Eroberungspläne angeschlossen werden“⁷⁴. Aubins Rede vom *Land an sich* bot somit auch manche Vorteile der sprachlichen Camouflage. Derer bedurfte es angesichts der politischen Zeitumstände nach dem Frankfurter Historikertag und den kurz danach aufgenommenen ‚Rheinischen Jahrtausendfeiern‘ zumindest in einem gewissen Maße: Im Oktober 1925 verpflichtete sich die deutsche Regierung in den Verträgen von Locarno auf eine friedvolle Austragung von Grenzstreitigkeiten im künftigen Völkerbund respektive vor internationalen Gerichten. Die führenden Akteure der historischen Kulturraumforschung abstrahierten daher ihre revisionistischen Ziele durch einen ostentativen Avantgardismus. Dieser erschöpfte sich nicht in seinem holistischen Erkenntnisinteresse, sondern frönte weiterhin einem ausgesprochenen Fachspezialismus, etwa in der Siedlungs- und Dialektgeographie. Die ab 1933 formulierten Erwartungen an die geschichtliche Arbeit in der Provinz sollten daher manchen Geschichtsverein deutlich überfordern, wie beispielsweise am gut dokumentierten ‚Düsseldorfer Geschichtsverein‘ zu ersehen: Dessen soeben zum ‚Führer‘ erhobener Vorsitzender Paul Wentzcke (1879–1960) versprach 1935 zwar, der Verein werde sich künftig der *synthetischen Methode der landesgeschichtlichen Forschung* verpflichten⁷⁵. Die schreibende Basis in den Traditionsvereinen, deren Interesse sich im Grunde über das an den ‚Altertümern‘ nicht hinausentwickelte, sollte derart ambitionierte Beiträge jedoch schuldig bleiben. So war es auch in Düsseldorf, wo sich niemand fand, der sich dauerhaft auf die Vorgaben einer methodisch verfeinerten Grenzlandhistoriographie verpflichten wollte. Noch 1935 wurde Wentzcke Nachfolger Wolframs in Frankfurt und wandte sich mit sichtlicher Ernüchterung von den Geschichtsvereinen ab.

S. 37–38. Vgl. auch Matthias Werner, Zwischen politischer Begrenzung und methodischer Offenheit. Wege und Stationen deutscher Landesgeschichtsforschung im 20. Jahrhundert, in: Peter Moraw, Rudolf Schieffer (Hg.), Die deutschsprachige Mediävistik im 20. Jahrhundert (Vorträge und Forschungen 62), Ostfildern 2005, S. 251–364, hier S. 306, Anm. 204.

⁷³ Das Empfinden dafür, daß unser Leben organisch mit dem der früheren Geschlechter zusammenhängt, ist in den weitesten Krisen ausgelöscht worden. Hermann Aubin, Heimat und Volksbildung, in: Ders. (Hg.), Geschichtliche Landeskunde (wie Anm. 62) S. 89–105, Zit. S. 102.

⁷⁴ Zit. Bernd-A. Rusinek, Das Bonner Institut für Rheinische Landeskunde, in: Ulrich Pfeil (Hg.), Deutsch-französische Kultur- und Wissenschaftsbeziehungen im 20. Jahrhundert. Ein institutionengeschichtlicher Ansatz. Fünfzig Jahre Deutsches Historisches Institut Paris (Pariser Historische Studien 81), München 2007, S. 31–46, Zit. S. 35.

⁷⁵ Vgl. Stephan Laux, Zwischen Traditionalismus und „Konjunkturwissenschaft“. Der Düsseldorfer Geschichtsverein und die rheinischen Geschichtsvereine im Nationalsozialismus, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte 141/142 (2005/2006), S. 108–157, hier S. 140.

„Organische“ Bevölkerungsgeschichte

Noch unter der Redaktionsleitung Friedrich Meineckes erhielt Erich Keyser⁷⁶ 1929 die Gelegenheit, sich über die Perspektiven der Volksgeschichte in der ‚Historischen Zeitschrift‘ zu äußern. Schon der nicht weiter spezifizierte Titel seines Beitrags ‚Deutsche Landesgeschichte‘ ließ auf den selbstbewussten Anspruch des zu diesem Zeitpunkt 36-jährigen Historikers schließen, die Geschichtswissenschaft in Deutschland auf neue Prinzipien zu verpflichten – und alte zu verwerfen. Keyser griff die Argumentation Kötzschkes auf und erklärte die Bedingtheit staatlicher Formationen: *Landesgeschichte, so Keyser, ist deshalb etwas grundsätzlich anderes als Staatengeschichte oder Territorialgeschichte, die stets das geschichtliche Dasein bestimmter politischer Gebilde der Vergangenheit betreffen. Die Territorien sind Schöpfungen landesherrlicher Gewalt, die mit dem Untergang der Landesherrschaft verschwinden und in andere Einheiten aufgehen.* Wie zuvor Spranger, so forderte auch Keyser die *Überwindung der abstrakten Fächertrennung*. Statt Quellenkritik nach alter Façon stehe nun die Zusammenführung der für die Geschichte des Deutschland relevanten Disziplinen an. Schließlich sei zur Kenntnis zu nehmen, dass in der zeitgenössischen *Geschichtswissenschaft zurzeit weniger Gewicht auf die Ermittlung und Herausgabe neuer Quellen als auf ihre allseitige Auswertung gelegt* werde⁷⁷. Die Landesgeschichte bildete nach Keyzers Auffassung eine genuine und die eigentliche geographische Referenz für die Volkstumsgeschichte: *Der geschichtliche Stoff soll weniger nach sachlichen Gebieten, als in seiner räumlichen und bevölkerungsgeschichtlichen Gegebenheit gestaltet und gegliedert werden.*

Der hierin angelegte Übergang von volkstümlicher zu völkischer Landesforschung bleibt ein komplexer Vorgang, der reduziert auf die theoretisch-publizistische Ebene nicht adäquat bewertet werden kann. Die konsequente Zuspitzung, mit der in biologistischem Duktus nun vom Land als einer *Wesenheit* und von *altertümlichem und kunstgeschichtlichem Erbgut* gesprochen wird, markiert aber den Aneignungsprozess. Wenn Keyser davon sprach, der Landesgeschichte werde das ihr gebührende *Eigenrecht* zugebilligt, so war damit nicht in erster Linie der von ihm eingeräumte Wert der Landesgeschichte zur Überprüfung sozial-, wirtschafts- und verfassungsgeschichtlicher Prozesse gemeint⁷⁸. Schließlich standen der Geschichtswissenschaft sozialwissenschaftliche Fragestellungen denkbar fern⁷⁹. Gemeint war vielmehr die Zuwendung zum Deutschtum auf der Grund-

⁷⁶ Vgl. zu Keyser Alexander Pinwinkler, Erich Keyser, in: Ders., Ingo Haar, Michael Fahlbusch (Hg.), *Handbuch der völkischen Wissenschaften. Akteure, Netzwerke, Forschungsprogramme*, Teilbd. I. Biographien, Berlin, Boston 2017, S. 338–340; ferner Oberkrome (wie Anm. 41), insbes. S. 60–61, 94. Vgl. Ursula Wiggershaus-Müller, *Nationalsozialismus und Geschichtswissenschaft. Die Geschichte der Historischen Zeitschrift und des Historischen Jahrbuchs 1933–1945* (Studien zur Zeitgeschichte 17), Hamburg 1998, S. 69–71. Die Studie blendet den spezifischen Anteil der Landesgeschichte an der Ausprägung völkischer Geschichtsauffassungen in der Zeit der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus allerdings aus.

⁷⁷ Erich Keyser, *Deutsche Landesgeschichte*, in: *Historische Zeitschrift* 139 (1929), S. 252–272, Zit. S. 259.

⁷⁸ Keyser (wie Anm. 77), S. 254.

⁷⁹ Vgl. etwa Jürgen Kocka, Bill Templer, *Ideological Regression and Methodological Innovation*.

lage einer *Geschichtsauffassung*, die – so in den Worten Keyzers selbst – bereits *grundsätzlich völkisch eingestellt war*⁸⁰. Fünf Jahre später, 1934, erklärte Keyser in den ‚Preußischen Jahrbüchern‘ schließlich *Blut und Boden, Rasse und Landschaft* als die Naturgesetze des Menschen. Sie sollten den Ausgangspunkt bilden für eine von ihm zur Bekenntnispflicht erhobenen neuen *völkischen Geschichtsauffassung*, die er der deutschen Geschichtswissenschaft als Weg aus der von ihm behaupteten *Krise* aufzeigte.

Vielleicht hatte Keyser bei seiner Klage über die diesbezügliche Ignoranz früherer Historikergenerationen (*nur zu verstehen aus der jahrhundertlangen Loslösung des geschichtlichen Denkens von der Anschauung der Natur*⁸¹) tatsächlich Traditionalisten von der Prägung eines Rudolf Kötzschke vor Augen, die noch nationalkonservativ-vaterländisch empfindend auf vergangene Zeiten fixiert blieben. Keyser berief sich daher schon 1929 bevorzugt auf nicht weniger ambitionierte Weggenossen seiner eigenen Generation wie den österreichischen Siedlungs- und Volkskundler Adolf Helbok (1883–1968), der nach Kötzschkes Emeritierung 1935 dessen Institutsleitung in Leipzig übernehmen sollte. Ihm galt Keyzers bevorzugte Referenz: So betrachte Helbok als *deutsche Landesgeschichte die Geschichte jener wundervollen Symbiose zwischen Erde und Volk*, die zu unterschiedlichen Einzelbefunden und doch immer wieder zum Kern der Geschichte finde: dem deutschen Volkstum. Fachdisziplinäre Forschung stellte Helbok als *leblose Systematik des Wissens* hin. Es war demnach keine nur oberflächliche Analogie, dass Keyser sich schon in Weimarer Zeit als Vordenker eines nationalsozialistischen Geschichtsverständnisses exponierte, das ihm ebenso eigen war wie den von ihm zitierten Gewährleuten Helbok oder Armin Tille (1870–1941)⁸², einem im Rheinland recht bekannten Archivar, der sich ab 1933 für Archivwesen und genealogische Forschung auf entschieden rassenkundlicher Grundlage starkmachte.

Unter dem von Helbok 1936 getätigten Aufruf zur *biologischen Volkstumsgeschichte*⁸³, mit dem unüberhörbar eine interessengeleitete Selbstermächtigung der historischen Siedlungskunde zur geisteswissenschaftlichen Leitdisziplin erklang, ging die organozistische Theorie ab 1933 über rein ideelle Zuschreibungen

tion. *Historiography and the Social Sciences in the 1930s and 1940s*, in: *History and Memory* 2 (1990), S. 130–138, hier S. 131.

⁸⁰ Keyser (wie Anm. 77), S. 257.

⁸¹ Erich Keyser, *Die völkische Geschichtsauffassung*, in: *Preußische Jahrbücher* 234 (1934), S. 1–20, Zit. S. 9.

⁸² Vgl. zu ihm m.W. bislang nur Bernhard Post, Armin Tille (1870–1941), in: *Lebensbilder Thüringer Archivare*, Rudolstadt 2001, S. 242–255.

⁸³ Vgl. Adolf Helbok, *Biologische Volkstumsgeschichte (Stoffe und Gestalten der deutschen Geschichte 2/3)*, Leipzig, Berlin 1936. Vgl. dazu u.a. Ditt (wie Anm. 42), S. 426–431. Der 1968 gestorbene Helbok sollte noch im hohen Alter Zeugnis seiner Volkstumsauffassung auf rassischer Grundlage geben, wozu ihm weiterhin die Vokabel des ‚Organischen‘ diene. 1963 schrieb er in seinen Memoiren: *Es ist das organische Reifen eines Volkstums in und aus einem organisch gebauten Staatswesen, das aber im tiefsten Grunde, nicht nur obenhin, deutsch war und auf die fremdblütigen Nachbarn als Kulturmacht wirkte, die unbestritten war* (Adolf Helbok, *Erinnerungen*. Ein lebendiges Ringen um volksnahe Geschichtsforschung, o.O., o.J. [Innsbruck 1963], Zit. S. 192).

volkstumsmäßiger Homogenität hinaus. Daran ändert nichts, dass auch Helbok gelegentlich noch affektive Momente anklingen ließ (indem etwa *das echte Organgefühl gefördert würde, das man volksdeutsche Gesinnung nennt*)⁸⁴. Als traditionelles Sinnbild aber hatte das ‚Organische‘ mit seinen sozialromantischen und patriotischen Anklängen gegenüber materialistischen Auslegungen inzwischen ausgedient, die nun auch von den radikalen Vertretern der Volksgeschichte geteilt wurden⁸⁵. In der Metaphorik des Nationalsozialismus dürfte das ‚Organische‘, so Dirk van Laak⁸⁶, somit von den Begriffen ‚Organisation‘ und ‚Planung‘ abgelöst worden sein, die von den Großraumvisionen des tatkräftigen und nicht bloß sinnierenden Volksstaats Ausdruck gaben. Für dessen Vordenker, die den Boden der Romantik längst verlassen hatten und sich in ihrem gedanklichen Horizont prinzipiell auf „radikales Ordnungsdenken“ (Lutz Raphael) verpflichtet hatten, standen „organizistische und sozialdarwinistische Varianten“ kaum noch für merkbliche semantische Unterschiede⁸⁷.

Nachklang: ‚Organische‘ Bundesländer? Artikel 29 GG und die Rolle der raumplanenden Geschichtswissenschaften

1951 äußerte sich mit Hellmut Kretzschmar (1893–1965) im ersten Nachkriegsheft der ‚Blätter für deutsche Landesgeschichte‘ ein jüngerer Weggefährte Kötzschkes über ‚Gegenwartsfragen der Landesgeschichtsforschung‘. Dabei stellte er fest: *Keine deutsche Landschaft besitzt heute eine so stammesmäßig geschlossene, bodengebundene und geschichtsverwurzelte Einwohnerschaft mehr wie vor 1933 oder gar vor 1914*⁸⁸. Kretzschmars Klage über den Verlust, ja die Beseitigung deutscher Länder sparte die zu diesem Zeitpunkt bereits vorhersehbare Entwicklung in der DDR aus, wo nur ein Jahr später, 1952, die Länder zugunsten von Bezirken ersetzt wurden. Sachsen beispielsweise wurde auf drei Bezirke aufgeteilt, die territorial wie terminologisch jede Reminiszenz an die Geschichte jenes ‚deutschen Stammes‘ unterließen, dessen Existenz Kötzschke und Kretzschmar 1935 noch in einer Gesamtdarstellung beschworen hatten.

Anders als in der DDR eröffnete sich den national gesinnten akademischen Nachkriegseliten in der Bundesrepublik im Zuge der Länderplanungen die Gelegenheit, an vorherige raumplanerische Aktivitäten anzuknüpfen und ihren in

⁸⁴ Helbok, *Biologische Volkstumsgeschichte* (wie Anm. 83), Zit. S. 11.

⁸⁵ Vgl. u.a. Manfred Hettling, *Volk und Volksgeschichten in Europa*, in: Ders. (Hg.), *Volksgeschichten im Europa der Zwischenkriegszeit*, Göttingen 2003, S. 7–37, hier S. 22–23.

⁸⁶ Vgl. Dirk van Laak, *Zwischen „organisch“ und „organisatorisch“: „Planung“ als politische Leitkategorie zwischen Weimar und Bonn*, in: Burkhard Dietz, Helmut Gabel, Ulrich Tiedau (Hg.), *Griff nach dem Westen. Die „Westforschung“ der völkisch-nationalen Wissenschaften zum nordwesteuropäischen Raum (1919–1960)*, Bd. 1, Münster, New York, München u.a. 2003, S. 67–90.

⁸⁷ Vgl. Lutz Raphael, *Radikales Ordnungsdenken und Organisation totalitärer Herrschaft. Weltanschauungseliten und Humanwissenschaftler im NS-Regime*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 27, H. 1 (2001), S. 5–40, hier u.a. S. 26.

⁸⁸ Hellmut Kretzschmar, *Methodische Gegenwartsfragen der Landesgeschichtsforschung*, in: *Blätter für deutsche Landesgeschichte* 88 (1951), S. 28–40, Zit. S. 29.

Weimarer und nationalsozialistischer Zeit entwickelten Vorstellungen Geltung zu verschaffen⁸⁹. Parallel zur wissenschaftlichen bzw. institutionellen Diskussion der Ländergestalt wurden nun innerhalb der Länder und ihrer Teilregionen Autonomiebestrebungen forciert, für die der Schulterschluss politischer und administrativer Funktionsträger mit wissenschaftlichen Raumplanern prägend blieb, so etwa in Westfalen⁹⁰ und in Hannover bzw. Niedersachsen⁹¹. Entsprechende Tendenzen, teils mit deutlich größerer sprachlicher Vehemenz, brachte die ‚Kulturarbeit‘ der Heimatvereine und nicht zuletzt der Vertriebenenverbände hervor: Waren für Erstere Hoffnungen auf die Herstellung (bzw. argumentativ: die Wiederherstellung) von Staatlichkeit nach 1945 leitend⁹², so fungierte für Letztere die Bemühung des ‚Organischen‘ als Chiffre für ein reklamiertes Heimatrecht⁹³ in den nach 1945 an die Siegermächte abgetretenen Gebieten. Mit dem Fokus auf die Neugliederungsdiskussion seit Ende der 1940er Jahre sollen im folgenden, sehr gerafften Epilog einige Schlaglichter auf Verwendungszusammenhänge des ‚Organischen‘ in der Föderalismusdebatte nach 1945 gerichtet werden⁹⁴. Einhergehend mit der Schaffung der Länder (ab September 1945)⁹⁵ war deren Novellierung über alle Parteigrenzen hinweg erwartet und sogar auch gefordert worden, teilweise begleitet von drastischen Worten über die sogenannten Bindestrichländer (*Mißgeburt*). Veränderungsabsichten wurden nicht zuletzt durch den Umstand genährt, dass sich die westlichen Alliierten bei der Ersteinrichtung der Länder von pragmatischen Überlegungen hatten leiten lassen und zumindest in Detail-, wenn auch nicht in strukturellen Fragen kein prioritäres Gestaltungsinteresse hegten.

⁸⁹ Vgl. den Aufriss von Peter Heil, *Zum Selbstbild von Raumplanern zwischen Nationalsozialismus und Bundesrepublik*, in: Dietz, Gabel, Tiedau (Hg.), *Griff nach dem Westen*. Bd. 1 (wie Anm. 86), S. 91–105.

⁹⁰ Vgl. Karl Ditt, *„Eine Symbiose von Erde und Menschentum“*. Zur kulturpolitischen Konstruktion von Raumbewusstsein in Westfalen im 20. Jahrhundert, in: Habbo Knoch (Hg.), *Das Erbe der Provinz. Heimatkultur und Geschichtspolitik nach 1945 (Veröffentlichungen des Arbeitskreises Geschichte des Landes Niedersachsen [nach 1945] 18)*, Göttingen 2001, S. 29–49; Karl Tepppe, *Politik und Wissenschaft im Diskurs. Die Debatte um die Neugliederung des Bundesgebiets in den 1950er Jahren*, in: *Westfälische Forschungen* 49 (1999), S. 437–471.

⁹¹ Dietmar von Reeken, *Niedersachsen – eine historische Erfindung. Regionalisierungsprozesse und ihre Träger in Nordwestdeutschland*, in: Jürgen John (Hg.), *Mitteldeutschland. Begriff, Geschichte, Konstrukt*, Rudolstadt, Jena 2001, S. 409–417, Zit. S. 410.

⁹² Vgl. etwa für Schwaben die hervorragende Arbeit von Jürgen Klöckler, *Abendland – Alpenland – Alemannien. Frankreich und die Neugliederungsdiskussion in Südwestdeutschland 1945–1947 (Studien zur Zeitgeschichte 55)*, München 1998.

⁹³ Undine Ruge, *Regionen als organische Gemeinschaften: Der integralföderalistische Diskurs in Deutschland nach 1945*, in: Knoch (Hg.), *Das Erbe der Provinz* (wie Anm. 90), S. 73–96.

⁹⁴ Hier genüge der Hinweis auf die zur Orientierung dienlichen Darstellungen von Klaus-Jürgen Matz, *Länderneugliederung. Zur Genese einer deutschen Obsession seit dem Ausgang des Alten Reiches (Historisches Seminar, N.F. 9)*, Idstein 1997; Reinhard Schiffers, *Weniger Länder – mehr Föderalismus? Die Neugliederung des Bundesgebietes im Widerstreit der Meinungen 1948/49–1990. Eine Dokumentation*, Düsseldorf 1996.

⁹⁵ Vgl. Bettina Blank, *Die westdeutschen Länder und die Entstehung der Bundesrepublik. Zur Auseinandersetzung um die Frankfurter Dokumente von Juli 1948 (Studien zur Zeitgeschichte 44)*, München 1995.

In Anbetracht der allgemein empfundenen Reformbedürftigkeit der Länder galten Historiker und Geographen neben Wirtschaftswissenschaftlern schon angesichts der notorischen Herausforderungen, die der deutsche Regionalismus mit sich zog, am besten orientiert und urteilsfähig. Durch eine zentrale Wendung in Art. 29 GG empfanden sich die Kulturraumforscher in besonderem Maße berechtigt und befähigt, ihre Expertise beizusteuern, galt es doch künftig, die *landsmannschaftliche Verbundenheit* zum Maßstab der Ländergrenzen zu machen⁹⁶. In Vorausblick auf die weiter anstehenden Diskussionen brachten sich unter dieser Voraussetzung gleich mehrere Forschungsinstitute in Stellung. Darunter war die ‚Akademie für Raumforschung und Landesplanung‘, die 1946/1947 unter demselben Leiter (Kurt Brüning) Nachfolgerin der 1935 errichteten ‚Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung‘ (RAG) geworden war. Letztere hatte zumindest indirekt in Person ihres ersten ‚Obmanns‘ Konrad Meyer (1901–1973) maßgeblichen Anteil an der Formulierung des ‚Generalplans Ost‘ in den Jahren von 1940 bis 1942 gehabt⁹⁷. Parallel zum im Oktober 1949 konstituierten so genannten Euler-Ausschuss⁹⁸ kam Ende Juli 1950 in Weinheim eine Expertenkonferenz unter dem Titel ‚Empirische Sozialforschung‘ zusammen, veranstaltet vom ‚Institut für öffentliche Angelegenheiten‘ in Frankfurt⁹⁹. Führend auf Seiten der Historiker war wieder Hermann Aubin, der sich in seinem Referat ‚Kräfte aus der geschichtlichen Entwicklung Deutschlands als raumbildende Faktoren‘ über die ‚Bedeutung gewachsener Organismen für die Neugliederung‘ äußerte¹⁰⁰. In Weinheim einigten sich die Tagungsteilnehmer auf ‚Leitsätze‘ für die künftige Neugliederung der jungen BRD. Verantwortlich hierfür zeichnete der Wirtschaftsgeograph Erwin Scheu (1886–1981), der 1924 ein offenbar viel beachtetes Buch mit dem sprechenden Titel ‚Deutschlands wirtschaftsgeographische Harmonie‘ veröffentlicht hatte¹⁰¹. Er sollte einmal mehr die *Suche nach organischen Zusammenhängen* für die Konstituierung der Länder zur Richtschnur machen¹⁰². Im Abschlussbe-

⁹⁶ Art. 29,1 GG in der Fassung vom 23.5.1949 im Wortlaut: *Das Bundesgebiet ist unter Berücksichtigung der landsmannschaftlichen Verbundenheit, der geschichtlichen und kulturellen Zusammenhänge, der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit und des sozialen Gefüges durch Bundesgesetz neu zu gliedern. Die Neugliederung soll Länder schaffen, die nach Größe und Leistungsfähigkeit die ihnen obliegenden Aufgaben wirksam erfüllen können.* Vgl. Rüdiger Sannwald, Art. 29, in: Bruno Schmidt-Bleibtreu, Hans Hofmann, Hans-Günter Henneke (Hg.), GG Kommentar zum Grundgesetz, Köln 12018, S. 1152–1165.

⁹⁷ Vgl. neben den diesbezüglichen Beiträgen im ‚Handbuch der völkischen Wissenschaften‘ (wie Anm. 76), etwa auch Wolfram Pyta, „Menschenökonomie“. Das Ineinandergreifen von ländlicher Sozialraumgestaltung und rassenbiologischer Bevölkerungspolitik im NS-Staat, in: Historische Zeitschrift 273 (2001), S. 31–94.

⁹⁸ ‚Ausschuß für innergebietliche Neuordnung‘. Vgl. Matz (wie Anm. 94), S. 85–86 mit Anm. 187.

⁹⁹ Vgl. Teppe (wie Anm. 90), S. 444.

¹⁰⁰ Im Druck: Hermann Brill, Werner Münchheimer (Hg.), Die Bundesländer. Beiträge zur Neugliederung der Bundesrepublik. Diskussion und Ergebnisse der Weinheimer Tagung, Frankfurt a.M. 1950, S. 49–61, hier S. 60–61.

¹⁰¹ Erwin Scheu, Deutschlands wirtschaftsgeographische Harmonie, Breslau 1924. Während des Zweiten Weltkriegs war Scheu ebenso wie Erich Keyser aktiv in die Planungen zur Vertreibung nicht-deutscher Bevölkerungsgruppen eingebunden (vgl. die von ihm herausgegebenen ‚Vorschläge für die ländliche Besiedlung des neuen deutschen Ostraumes‘, Königsberg 1940).

¹⁰² Erwin Scheu, Geographische, wirtschafts-, verkehrs- und sozialpolitische Gesichtspunkte für die Länderreform, in: Brill, Münchheimer (Hg.), Bundesländer (wie Anm. 100), S. 19–48, hier

richt der Tagung forderte Scheu beispielsweise mit Blick auf Rheinland-Pfalz, diesen Raum neu zu ordnen und die Zuteilung der einzelnen Teile so vorzunehmen, *daß wir Lebensgemeinschaften bilden und nicht Gebiete, die sich innerlich fremd sind, zusammenkoppeln.* Das nachfolgende Sachverständigenngremium war der ‚Luther-Ausschuss‘¹⁰³, den die Bundesregierung 1951 auf Antrag von CDU/CSU zur Erörterung und Vorbereitung der Ländernovellierung eingesetzt hatte. Unter den 40 Mitgliedern¹⁰⁴ versammelte sich ein Kern etablierter raumforschender Wissenschaftler, darunter die Historiker Hermann Aubin, Franz Petri (1903–1993), Georg Schnath (1898–1989), Max Spindler (1894–1986), Franz Steinbach, die Geographen und Raumforscher Friedrich Metz (1890–1969), Emil Meynen (1902–1994) und Kurt Brüning (1897–1961), der Wirtschaftshistoriker und Nationalökonom Bruno Kuske (1876–1964) sowie der Soziologe, Philosoph und Bevölkerungswissenschaftler Gunther Ipsen (1899–1984). Die meisten Teilnehmer der Kommission, so drückte es Karl Teppe recht vorsichtig aus, standen für „bestimmte wissenschaftsgeschichtliche Traditionen, die bis in die 1920er Jahre zurückreichen und mit dem Begriff der Volks- und Kulturbodenforschung exemplarisch umrissen werden können“¹⁰⁵.

Die Voten dieser akademischen Raumplaner zeigten am Ende jedoch keine Wirkung: Die Länder blieben unverändert. Weder im Übergang zu den 1950er Jahren oder in den 1970er Jahren, noch zuletzt während der Diskussionen über eine Länderfusion von Brandenburg und Berlin nach der ‚Wiedervereinigung‘ bis 1996 kam Artikel 29 wirkungsvoll zur Anwendung. Die Länderneugliederung, die 1949 noch als Verfassungsauftrag formuliert und sogar mit einer Umsetzungsfrist von drei Jahren (Art. 29,6 GG) versehen gewesen war, wurde in der seit 1976 unverändert gültigen Fassung mit einer Kann-Klausel zwar weiter offengehalten, deren Anwendung aber durch de facto unüberwindliche Hürden blockiert¹⁰⁶. Mit Blick auf die 1950er Jahre können die Gründe für das Scheitern der Länderreform hier nur knapp resümiert werden: Erstens hat Bundeskanzler Adenauer selbst einer Veränderung der Ländergrenzen entgegengewirkt. Dabei ließ er sich neben anderem durch Rücksicht auf die Ministerpräsidenten der eigenen Partei leiten, die wie Peter Altmeier im Falle von Rheinland-Pfalz mit Recht befürchteten, dass eine Reform ihres Bundeslandes zu dessen Nachteil ausfallen, wenn nicht sogar zu dessen Auflösung führen würde. Zweitens konnten die Reforminitiativen keine erforderliche öffentliche Mobilisierung für ihre Sache bewirken. Das wiederum mag drittens dadurch bedingt gewesen sein, dass die

Pkt. 12 seiner Leitsätze, S. 47.

¹⁰³ Vgl. Beate Dorfey, Die Teilung der Rheinprovinz und die Versuche zu ihrer Wiedervereinigung (1945–1956). Das Rheinland zwischen Tradition und Neuorientierung (Rheinprovinz 8), Pulheim 1993, mit detaillierten Angaben u.a. über die Länderbereisungen des Ausschusses ebd., S. 383–475.

¹⁰⁴ Die Neugliederung des Bundesgebietes. Gutachten des von der Bundesregierung eingesetzten Sachverständigenausschusses, Bonn, Köln, Berlin 1955, S. 13–14. Auf die Beleuchtung von Einzelheiten muss hier verzichtet werden.

¹⁰⁵ Teppe (wie Anm. 90), Zit. S. 448.

¹⁰⁶ *Das Bundesgebiet kann neu gegliedert werden, um zu gewährleisten, daß die Länder nach Größe und Leistungsfähigkeit die ihnen obliegenden Aufgaben wirksam erfüllen können.*

Länder eine dann doch unerwartete Stabilität entwickelten und seit den 1950er Jahren durch die Verabschiedung von Landesplanungs- oder Landesentwicklungsgesetzen von ihrer Kompetenz zur inneren Strukturplanung erfolgreich Gebrauch zu machen begannen. Nicht zuletzt aber war es viertens den historisch ausgerichteten wissenschaftlichen Wortführern nicht gelungen, überzeugende Argumente für konsistente Raumzuschnitte im Sinne dessen vorzubringen, was sie weiterhin für das entscheidende Kriterium bei der Konfiguration von Ländern hielten: die kulturelle Homogenität der Bevölkerung oder, mit der uns nun hinreichend bekannten Vokabel, deren ‚organischen‘ Zusammenhang.

Dieser „Stammesföderalismus“¹⁰⁷, also im weitesten Sinne die verbreitete, von Primordialitätsvorstellungen getragene Autonomieerwartung regionaler Kräfte, wurde von den Wortführern der einstigen Volksforschung allzu gern aufgegriffen und in politiknahen Kommunikationszusammenhängen untermauert, weil all dies den eigenen, stark verinnerlichten Anschauungen von ‚Volkstum‘ entsprach. Als Handlungsempfehlungen ließ sich dies indes nicht mehr plausibel machen. Damit soll übrigens nicht vorausgesetzt werden, dass die pragmatisch gesinnten politischen Entscheider tatsächlich um die ideologischen Einstellungen (geschweige denn die biographischen Umstände) ihrer Vertreter wussten. Der „Raum- und Gesellschaftsbegriff“ der raumforschenden Wissenschaften jedenfalls, so formulierte es noch einmal Karl Teppe, fußte auf einem überkommenen „organischen Volksbegriff, der den sozialen und politischen Realitäten der Bundesrepublik in den 1950er Jahren offenkundig nicht gerecht wurde“¹⁰⁸.

Zusammenfassung und Fazit

Die kursorischen Beobachtungen zum ‚Organischen‘ führten über Epochen und Wissenschaftsbereiche hinweg, in denen der meist attributiv gebrauchte Begriff in großer Dichte greifbar wurde. Allerdings relativ spät, erst seit dem frühen 19. Jahrhundert, diente er zur Bezeichnung immaterieller Konstellationen. Wie jede Metapher, so leistet das ‚Organische‘ keine definitorische Bestimmung, sondern eine Beschreibung seines Gegenstands nach Maßgabe einer als solchen behaupteten Similarität. Die Entlehnung der Begriffe ‚Organisch‘ und ‚Organismus‘ aus der biologisch-medizinischen Sphäre und deren Übertragung auf den sozialen bzw. kulturellen Bereich suggeriert indes die Existenz und die Gültigkeit immanenter, naturwissenschaftlich objektivierbarer Ordnungsprinzipien menschlichen Daseins in Analogie zu den physiologischen Gesetzmäßigkeiten des Lebens. Es handelt sich somit um die spezifische Verwendung eines Anthropomorphismus, also die Übertragung einer menschenbezogenen Eigenschaft auf Staat und Gesellschaft. Generell und über alle Disziplinen hinweg haben

¹⁰⁷ Vgl. demnächst Stephan Laux, Zwischen Stammesföderalismus und Pragmatismus. Ordnungsvorstellungen bei der Schaffung der Bundesländer. Rheinland-Pfalz im bundesdeutschen Zusammenhang, in: Manuela Glaab, Michael Kießner (Hg.), 70 Jahre Rheinland-Pfalz (Veröffentlichungen der Kommission des Landtages für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz) [Druck vorauss. Mitte 2019].

¹⁰⁸ Teppe (wie Anm. 90), Zit. S. 469.

organizistische Theorien all jene angesprochen, die, meist unter dem Eindruck naturwissenschaftlicher Erkenntnisse stehend, den Systemcharakter von Gesellschaft zu erfassen meinten. In historischer Perspektive verbindet die Denkfigur des „Organischen“ begriffslogisch das Korrelations- mit dem Kontinuationsprinzip, das in der Historiographie in der Tat ein konstitutives Muster ausprägte. Für den israelischen Politologen und Faschismusforscher Zeev Sternhell¹⁰⁹ ist daher die „Anwendung einer organischen Metapher auf die Gesellschaft“ der Schlüssel zum Verständnis des Historismus, der somit für Lebewesen geltende Gesetze auf die Gesellschaft übertrage. Daher neige der Historismus aus seinem Selbstverständnis heraus zur Beschreibung von Gesellschaft mit einem vitalistischen Vokabular.

Während sich die zeitgeschichtlichen Referenzpunkte des ‚Organischen‘ notwendigerweise änderten, blieb die Diskurskonvention als solche im Wesentlichen gleich: In ihrer gedanklichen Grundarchitektur ließe sich ebenso von ‚Holismus‘ oder ‚Homogenität‘ sprechen. ‚Organisch‘ verwies – anders als ‚Ordnung‘ – auf Konsens, sei es durch impliziten, auf Vertrauen und Loyalität gegründeten Willensentscheid oder durch akklamative Zustimmung der Gemeinschaftsmitglieder. Die mit dem ‚Organischen‘ assoziierten bzw. suggerierten Ordnungsvorstellungen waren nicht zwingend repressiver Natur: Sie erscheinen ebenso in einer sozial- bzw. gemeindeethischen Dimension, in der die wechselseitige Verpflichtung von Individuen zur Wahrung genossenschaftlicher Freiheit wie zur Verwirklichung von Humanität zum Leitprinzip erhoben wurde. In diesem Sinne eröffnete der Basler Historiker Adolf Gasser (1903–1985) seine 1943 in Erstauflage erschienene Schrift ‚Gemeindefreiheit als Rettung Europas‘ mit einem Kapitel, das seine Theorie von *Kommunalismus als organische Verbindung von Freiheit und Ordnung* begründete¹¹⁰ – eine erklärtermaßen von Peter Blicke (1938–2017) aufgegriffene Korporationstheorie, deren Prinzip bzw. Ziel die Resilienz autonomer, egalitär strukturierter Kleinräume in Abgrenzung von bürokratischen Herrschaftszentren war.

Trotz aller Vielstimmigkeit muss klar das Primat einer sozialkonservatorischen und politisch-legitimatorischen Sinnzuschreibung des ‚Organischen‘ erkannt werden. Die Attraktivität der Metapher wirkte umso stärker, je eher die Beständigkeit geistiger und materieller Verhältnisse aufgrund der Erfahrung oder nur der Erwartung disruptiver Veränderungen gefährdet schien. ‚Organische‘ Veränderung kennzeichnete im 19. Jahrhundert einen gesellschaftlichen Evolutionismus, der auf zunehmende politische Partizipation hinauslief. Dieses ersannen Anhänger des konservativen Liberalismus wie des Reformkonservatismus im Rahmen des ständisch-korporatistischen Systems. Das konservatorische Prinzip des ‚Organischen‘ setzte deshalb stets die Herrschaftstreue der (werden-

¹⁰⁹ Zeev Sternhell, Von der Aufklärung zum Faschismus und Nazismus. Reflexionen über das Schicksal von Ideen in der Geschichte des zwanzigsten Jahrhunderts, in: Siegfried Jäger, Jobst Paul (Hg.), „Diese Rechte ist immer noch Bestandteil unserer Welt“. Aspekte einer neuen Konservativen Revolution, Duisburg 2001, S. 15–48, Zit. S. 20–21.

¹¹⁰ Adolf Gasser, Gemeindefreiheit als Rettung Europas: Grundlinien einer ethischen Geschichtsauffassung, Basel 1943, 21947.

den) Staatsbürger mit Anpassungsleistungen der Herrschenden in Verbindung, die aus ihrer Fürsorgeverpflichtung herrührten. Dem Nationalismus des 19. Jahrhunderts ist es zuzuschreiben, dass das Wort ‚organisch‘ in zunehmendem Maße exkludierende und sozialkonformistische Tendenzen beförderte. Gleichzeitig – und dies gilt es hervorzuheben – wurde es führende Vokabel bei der Naturalisierung gesellschaftlicher Ordnung und Staatlichkeit¹¹¹. Je weniger das ‚Organische‘ demnach metaphorisch statt vielmehr essentialistisch gedacht wurde, desto mehr beanspruchte die Denkfigur eine immanente Wirklichkeit und Verbindlichkeit. Die Bedeutungsverschiebung des ‚Organischen‘ (einhergehend mit der Pathologisierung des Nonkonformen) wurde im Zuge der Rezeption bzw. Entwicklung sozialdarwinistischer Theorien seit etwa 1880 massiv beschleunigt.

Ausgeprägter als in allen anderen historischen Teildisziplinen, so meine These, hat die Landesgeschichte organizistische Vorstellungen aufgegriffen. Das lag schon daran, dass sie sich praktisch ausschließlich auf die Vormoderne ausrichtete, ja, sogar weitgehend auf das Mittelalter beschränkte. Hier glaubte man viel eher eine Beständigkeit gesellschaftlicher und kultureller Verhältnisse anzutreffen als in Folge der fundamentalen Strukturbrüche des industriellen Zeitalters. Umgekehrt bedingte die Verteidigung statischer Gesellschaftsauffassungen unter Rückgriff auf die Historie zwingend, die Moderne aus dem Blickfeld zu verbannen. Der kursorische Gang durch die Motivgeschichte des ‚Organischen‘ legte somit für die Kernzeit der Geschichtlichen Landeskunde alter Prägung von 1920 bis 1950 mehrere konstitutive Ambivalenzen des Ansatzes offen: Es wäre der ureigenste Arbeitsauftrag der Geschichtlichen Landeskunde gewesen, die ‚Struktur‘ oder ‚Morphologie‘ von Gesellschaft in ihrer Erscheinungsvielfalt sichtbar zu machen. Stattdessen geschah das Gegenteil, da das Ziel vorwaltete, so einmal mehr Hermann Aubin, *das Bild der historischen Landschaften als organischen Unterbau einer Geschichte des deutschen Volkes gewinnen zu wollen*¹¹². Vermutlich die Dürftigkeit der erzielten Erträge vor Augen und erklärtermaßen bereits im Einsatz der Geisteswissenschaften im Kriege stehend, formulierte Aubin 1943 in der ‚Historischen Zeitschrift‘ die bemerkenswerte Ansicht, eine *germanische Kontinuitätsforschung* sei denn doch nicht erstrebenswert, erwecke das doch nur den Eindruck, *als ob wir unserer germanischen Grundsubstanz und ihres entscheidenden Beitrags zur heutigen Weltkultur nicht sicher wären*¹¹³. Dies und anderes mehr aus der Feder Aubins spricht für die von Wilhelm Janssen¹¹⁴ ausgesprochene Vermu-

¹¹¹ Paul Reuber, Das geopolitische Leitbild von Europa als „Wiege der Territorialstaaten“, in: Hans Gebhardt, Rüdiger Glaser, Sebastian Lentz (Hg.), *Europa – eine Geographie*, Berlin, Heidelberg 2013, S. 135–148, hier: ‚Staatsorganizistische und geopolitische Leitbilder‘, S. 136–138, Zit. S. 38.

¹¹² Zit. Aubin (wie Anm. 70), S. 45.

¹¹³ Hermann Aubin, Zur Frage der historischen Kontinuität im Allgemeinen, in: *Historische Zeitschrift* 168 (1943), S. 229–262, Zit. S. 261. Zum Hintergrund und weiteren Aspekten des Beitrags Aubins vgl. Wiggershaus-Müller (wie Anm. 76), S. 154–155.

¹¹⁴ Wilhelm Janssen, Ein programmatischer Neuansatz im 20. Jahrhundert. Die Geschichtliche Landeskunde, u.a. in: Sönke Lorenz (Hg.), *Historiographie – Traditionsbildung, Identitätsstiftung und Raum. Südwestdeutschland als europäische Region* (Schriften zur südwestdeutschen Landeskunde 71), Ostfildern 2011, S. 123–133, hier S. 130–131.

tung, dass die Kulturraumforscher der damaligen Zeit die ‚Bedeutungsschwere‘ ihrer Konzepte in viel geringerem Maße verinnerlicht hatten, als die später nachfolgende kritische Historiographie annehmen wollte. Kein Zweifel kann an der Politizität und Affirmativität der ‚Volksgeschichte‘ in allen Spielarten bestehen. Das ihr zugrunde liegende ‚Quod erat demonstrandum‘ kommentierte Werner Freitag treffend wie folgt: „Als Ziel und Ergebnis der Forschungen ist der Kulturraum mit seinem Anspruch der ganzheitlichen und organischen Abbildung des Volkswesens ein Konstrukt der Forscher“¹¹⁵.

Die skizzierte historiographische Wirkmächtigkeit und ideologische Signifikanz der Denkfigur des ‚Organischen‘ hat bislang nur wenig Aufmerksamkeit durch die jüngere Geschichtswissenschaft erzeugt¹¹⁶. Das mag daran liegen, dass diese Vokabel aufgrund ihrer deterministischen und totalisierenden Art heute längst fremd geworden ist oder auch bewusst gemieden wird. Man mag sich schon an der Beliebigkeit und Gehaltlosigkeit des Begriffs stören, was den Bayreuther Germanisten Walter Gebhard dazu veranlasste¹¹⁷, Organizismus pointiert als degeneratives literarisches Phänomen, gar als *Erblast* seit dem frühen 19. Jahrhundert zu bezeichnen. ‚Organische‘ Entwürfe in geschichtswissenschaftlichen Deutungen fallen heute unter ‚Narrative‘, ‚Meistererzählungen‘ oder ‚Invented Traditions‘. Als solche sind sie weder vermittlungsfähig noch vermittlungswürdig, sondern, im Gegenteil, Gegenstand der Decouvrierung. Die Präsenz der Denkfigur muss freilich zur Kenntnis genommen werden, zumal fortwährende Wiederholung die Sedimentierung und Perpetuierung des Arguments beförderte.

Verwirft man die Einheitssemantik des ‚Organischen‘ deshalb nicht von vornherein als unzulässigen Determinismus bzw. als nicht statthafte analytische Kategorie, so kann das Attribut doch für ein bleibendes, ja grundlegendes Interesse historischer Forschung stehen, sich mit der Befindlichkeit von Individuen sowie ihrer Lebensvollzüge in allen denkbaren Vergemeinschaftungsformen zu beschäftigen. Anders gewendet als die ‚kulturmorphologische‘ Betrachtung alter Schule dürfen hierbei aber keine diffusen Konstrukte wie ein ‚Land an sich‘ oder ein ‚Kulturraum‘ erkenntnisleitend sein, in denen Einzelne nur als Merkmals-träger bereits vorausgesetzter landsmannschaftlicher Prägungen oder sonstiger kollektiver Dispositionen herhalten müssen. Der dekonstruktivistische Ansatz,

¹¹⁵ Werner Freitag, Landesgeschichte als Synthese – Regionalgeschichte als Methode?, in: *Westfälische Forschungen* 54 (2004), S. 291–305, Zit. S. 297.

¹¹⁶ So wird die im Kern völkische Konnotation des ‚Organischen‘ im Jargon der zitierten Historiker auch im umfangreichen Beitrag von Böckenförde weitgehend ausgeblendet. Dort heißt es lediglich: „Österreichischer Ständestaat und auch die NS-Ideologie nahmen den Charakter des Organischen, d.h. der den natürlichen Lebensordnungen verbundenen Gestaltung von Staat und Volk für sich in Anspruch, wiewohl in der Sache vor allem durch das NS-Regime eher großgeartete Organisationsformen der Massenbewegung und Massenführung geschaffen wurden“ (Böckenförde [wie Anm. 1], Zit. S. 617).

¹¹⁷ Walter Gebhard, Die Erblast des 19. Jahrhunderts. Organismuskurs zwischen Goethes Morphologie und Nietzsches Lebensbegriff, in: Hartmut Eggert, Erhard Schütz, Peter Spengel (Hg.), *Faszination des Organischen. Konjunkturen einer Kategorie der Moderne*, München 1995, S. 13–36, hier insbes. S. 35–36.

der gegenwärtig nicht allein die Frühneuzeitforschung dominiert, warnt mit vollkommener Berechtigung vor derlei ‚Meistererzählungen‘. Doch sei in Erinnerung gerufen, dass jede Zeit ihre Begriffe findet und in diesen zuweilen kognitiv verfangen bleibt. Waren es früher bevorzugt emphatische und vitalistische Attribuierungen, so bezeugt der Thesaurus der Gegenwartssprache das universelle Faszinosum der digitalen Welt: Handeln und Vergesellschaftung von Menschen werden nun mit Metaphern aus Technikszenarien beschrieben (‚Netzwerk‘, ‚Schnittstellen‘, ‚Pfadabhängigkeit‘ u.a.m.). Skeptische Einschätzungen sind diesbezüglich eher selten zu vernehmen. Wie auch immer: Die Frage nach der Angemessenheit der Begriffe zum Verständnis und zur Beschreibung menschlichen Daseins und Miteinanders bleibt. Sie resultiert aus der fortwährenden Verpflichtung von Historikerinnen und Historikern, ihre Erkenntniswege und -inhalte ebenso wie ihre sprachlichen Ordnungsbegriffe kritisch zu reflektieren.

DER TÄGLICHE KAMPF: BRIEFE DES WEHRPFLICHTIGEN STEPHAN WAHLEN, BONN, SOLDAT IN NAPOLEONS GRANDE ARMÉE (1811–12).

Kommentar und Edition

Von Leonard Dorn

Die Perspektive der einfachen Soldaten in den Napoleonischen Kriegen hat jüngst im Rahmen der Jubiläen 1812/13 erhebliche Aufmerksamkeit erfahren. Zu den Sachbuchbestsellern im Geschichtsbereich 2012/13 gehörten Adam Zamoyskis Geschichte des Russlandfeldzugs Napoleons mit Augenmerk auf den Erfahrungen von Zivilisten und Soldaten sowie Karl J. Mayers Alltagsgeschichte der Grande Armée und Eckart Kleßmanns Sammlung von Augenzeugenberichten: ‚Die Verlorenen. Die Soldaten in Napoleons Rußlandfeldzug‘¹. Das Interesse an der Perspektive von Bonnern in Napoleons Grande Armée nahm sich bisher hingegen verhalten aus. In der 1989 erschienenen Stadtgeschichte spielt das Leben der anachronistisch als „Landser“ bezeichneten Soldaten keine nennenswerte Rolle². Erst 2008 wurde in den Bonner Geschichtsblättern ein Beitrag von Herbert Müller-Hengstenberg publiziert, in dem erstmals eine ausführlichere Annäherung an das Thema stattfindet. Dieser dürftige stadthistorische Forschungsstand mag darauf zurückgehen, dass Briefe und Tagebuchaufzeichnungen von einfachen Bonner Soldaten „ausgesprochen selten“³ sind.

Ein besonders eindrückliches Beispiel für solche Quellen wird hier vorgelegt: In sieben Briefen begegnet uns die Lebenswelt eines jungen Mannes, etwa 19 Jahre alt, 1,76 m groß, mit einem ovalen Gesicht, einem runden Kinn, einer hohen Stirn, einer großen Nase, einem durchschnittlichen Mund sowie dunkelbraunen Haaren und blauen Augen – so die französischen Militärakten –, dem das Unglück widerfuhr, in die Mühlen der Kriegsmaschinerie des Napoleonischen Zeitalters zu geraten und von ihnen verschluckt zu werden. Es handelt sich um die Briefe des Fassbinderssohns Stephan Wahlen. Die Existenz dieser Briefe ist seit der Jahrhundertwende 1900 bekannt, als sie in der Sonntagsausgabe der ‚Bonner Zeitung‘ abgedruckt wurden⁴. Zwölf Jahre später fanden sie Eingang in die

¹ Adam Zamoyski, 1812. *Napoleon's Fatal March on Moscow*, London 2004; Karl J. Mayer, *Napoleons Soldaten. Alltag in der Grande Armée (Geschichte erzählt)*, Darmstadt 2008; Eckart Kleßmann, *Die Verlorenen. Die Soldaten in Napoleons Rußlandfeldzug*, Berlin 2012. Die russische Perspektive ist vertreten durch: Dominic Lieven, *Russia Against Napoleon. The Battle for Europe, 1807 to 1814*, London 2009.

² Edith Ennen, Arnold E. Maurer, Claudia Valter-Knechtges, *Bonn unter französischer Herrschaft (1794–1814)*, in: Dietrich Höroldt (Hg.), *Bonn. Von einer französischen Bezirksstadt zur Bundeshauptstadt 1794–1989 (Geschichte der Stadt Bonn 4)*, Bonn 1989, S. 9–71, hier S. 62.

³ Herbert Müller-Hengstenberg, *Vor zweihundert Jahren. Unter der Fahne Napoleons. Schicksale Bonner Soldaten 1806–1814*, in: *Bonner Geschichtsblätter* 57/58 (2008), S. 247–256, hier S. 248.

⁴ Der erste Teil mit den Briefen 1 bis 4 ist nur in der Zeitungsausschnittsammlung des Stadtarchivs erhalten. *Bonner Zeitung* Nr. 219, 17.9.1900. Die Fortsetzung liegt als Digitalisat vor: *Bonner Zeitung* Nr. 225, 23.9.1900, S. 5, online: <<http://digitale-sammlungen.ulb.uni-bonn.de/periodical/pageview/499855>>, [17.2.2019]. Die Einführung zu den Briefen in der *Bonner Zeitung* enthält Fehler,